1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 1. November 1985 19. Jahrgang 1 DM

Gut ausgebildet

Der Prozeß gegen die drei Polizisten, die den Tod zweier Bankräuber-Geiseln auf dem Gewissen haben, hat durch die milden Urteile nicht überrascht — diese Tradition der bundesdeutschen Justiz ist längst über 100 Fälle alt.

Daß da zwei Menschen, die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen — einmal ganz abgesehen davon, daß Todesstrafe hierzulande nicht vorgesehen ist — sterben mußten, das war fast kein Thema der entsprechenden Berichterstattung.

Stattdessen war Hauptthema die „Ausbildung der Polizei". Vor allem an Schußwaffen, die Schießausbildung. Sie sei zu schlecht, war der allgemeine Konsens.

Um es zynisch zu sagen: Die Fakten sprechen dagegen. Immerhin hat das Dauerfeuer aus der Maschinenpistole zwei Menschen tödlich getroffen — und was anderes als Treffsicherheit soll eine Ausbildung sonst vermitteln? Und was als Vernichtung kann das Ziel eines MP-Dauerfeuers sein? Der Schütze, der Dauerfeuer auf Menschen eröffnet, will töten — und das hat er geschafft, dafür reichte seine Ausbildung locker.

Der ganze Sums wird veranstaltet, um von der Frage abzulenken, warum die Polizei dieser BRD eigentlich eine immer größere Blutspur hinter sich herzieht. Die eigene Gefährdung, dieses übliche Schutzargument, kann es nicht sein — die Statistik zeigt, daß Polizisten keineswegs besonders gefährlich leben. Wohl aber diejenigen, die mit der Polizei in Berührung kommen.

Daß dann einer der Angeklagten auch noch vor dem Urteil Beamter auf Lebenszeit wurde, das bestätigt nur nochmals das Interesse der Polizei gerade an solchen Leuten, denen zwar nicht der Colt, wohl aber die Pistole locker sitzt.

Westlicher Gipfel am Rande des UNO-Jubiläums

Reagan — Weltpolizist

Serienweise „Gipfeltreffen", „Zweiergespräche" und was noch alles im diplomatischen Arsenal beinhaltet ist gab es rund um die Jubiläumsfeier der UNO. Aus diesem Anlaß waren Dutzende von Staatspräsidenten und Regierungschefs aus aller Welt angereist — mit Ausnahme der gleichzeitig in Sofia tagenden RGW-Staaten. Interpretationen über diese Treffen sind so zahlreich wie die Berichte darüber — was bleibt danach?

Als erstes bleibt festzuhalten, daß die Regierung der USA ihre Politik in der Tat ohne Absprache mit den sogenannten Verbündeten festlegt.

Dies machte Präsident Reagan in diesen Tagen gleich mehrfach deutlich. In seiner Rede vor der UNO unterließ er es auch nur so zu tun, als sei seine Regierung ernsthaft zu Gesprächen über Abrüstung bereit. Mal angekündigt, mal widerrufen — „eigene" Abrüstungsvorschläge" würden nach neuester Version noch vor dem Genfer Treffen ausgearbeitet und zwar in Konsultation mit den „Verbündeten" — was rein faktisch nicht zu leisten ist. Dafür spielte er einmal mehr den Weltpolizisten.

Daß für einen Imperialisten wie Reagan die sowjetische Besetzung Afghanistans dasselbe ist wie die Revolution in Nicaragua ist logisch.

Sein Maßstab ist allein der eigene Einfluß des USA-Imperialismus in der Welt, weshalb er auch in seiner Aufzählung der Brennpunkte den größten Teil der Krisengebiete dieser Welt unterschlug, in denen der USA-Imperialismus seine Ziele — sei es militärisch oder durch



Kohl in New York: Fototermin

die CIA oder sonstwie — verfolgt. Reagan vor der UNO also in der sozusagen klassischen Rolle der „Verteidigung der Freiheit" — des Dollars. Da die Zeiten nicht so sind wie vor zwanzig Jahren, als USA und UdSSR gemeinsam ihre Lösungen kämpfenden Völkern aufzwangen oder dies zumindest wollten (wie einst so deutlich in Palästina) kann dieser Reagansche Katalog in seiner UNO-Rede nur als Absage an Verhandlungen konkreter Art gewertet werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Nach der Grünen- Entscheidung in Hessen

J. F. und die Unternehmer

Mit eindeutiger Mehrheit billigte die Landesversammlung der Grünen am Sonntag in Neu-Isenburg die Koalition mit der SPD. Damit ist die sogenannte rot-grüne Landesregierung perfekt, Joschka Fischer wird der erste Grünen-Minister in der BRD. Da lugt der Staatsmann aus der Lederjacke.

Tatsache ist, die Grünen in Hessen haben sich für eine Koalition ohne Bedingungen ausgesprochen. Im ganzen Annäherungsprozeß an Börner wurde immer deutlicher, daß dies wiederum von der SPD-Seite aus die Bedingung für eine Koalition war. Dies hat sich erfüllt. Dabei braucht es noch nicht einmal so betrachtet zu werden, ob denn die Grünen sozusagen ein linkes Korrektiv zur SPD hätten sein können und was dies bedeutet hätte, sondern selbst vom eigenen Grünen-Standpunkt aus wurde auf nahezu alles verzichtet — selbst auf die letzten Posten-Rückzugsgefechte um ein Frauenministerium oder nicht. Nach alldem gibt es von der faktischen Lage her keinen Grund, diese Landesregierung anders zu betrachten als etwa die an der Saar.

Unterdessen ging der Sturm der Unternehmerschaft gegen eine Beteiligung der Grünen an der hessischen Landesregierung weiter, wurde auch von den zentralen Statthaltern auf die Bonner Bühne getragen. Dabei wurde die übliche Untergangsstimmung kräftig ausgemalt. Als ob irgendetwas Konkretes, was die hessischen Grünen getan haben, so eine Haltung rechtfertigen würde.

Im Gegenteil. J. F. betonte gleich in seiner ersten Presseshow, er suche den Konsens mit allen, auch den Unternehmern. Seine einzige „radikale" Tat war die Ankündigung, er wolle für die Einhaltung der bestehenden Umweltgesetze eintreten, schärfere Kontrollen organisieren.

Fortsetzung auf Seite 2

Entwurf des SPD-Wirtschaftsprogramms

Neuauflage: „Das Bündnis"

Der Entwurf für ein neues Wirtschaftsprogramm der SPD — das im Mai 86 auf einem Sonderparteitag beschlossen werden soll — ist in der letzten Woche in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Was unter der Leitung von Wolfgang Roth da entstand, bietet tatsächlich nur eine modernisierte Variante alter SPD-Politik.

Mancher, der gehofft haben mag, hier werde sich bei der SPD etwas bewegen, sieht sich getäuscht. Was bereits beim Dortmunder „ökologischen Modernisierungsprogramm" zu sehen war, wurde auch dieses mal wieder deutlich: nichts Neues.

An erster Stelle: Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Natürlich: Bei der SPD garniert mit Sozialstaat und Mitbestimmung — aber alles an bisheriger Erfahrung und auch an jetziger Formulierung zeigt, daß eben dieses Bekenntnis das zentrale wirtschaftspolitische Credo dieser Parteiführung ist.

Die eigene sozialdemokratische Theorie macht ja den so viel bejubelten Sozialstaat zu einer abhängigen Variante dieser kapitalistischen Marktwirtschaft und ihrer jeweiligen Konjunktur. Die klassische Sozialstaatsthese ist ja denn auch keineswegs ein Widerspruch zur kapitalistischen Wirtschaft, sondern ausdrücklich verstanden als ein Instrument des Interessenausgleichs zwischen den Klassen der Gesellschaft.

Zweiter Kernpunkt dieses Entwurfs — der sicher in solcher Kürze auch nicht annähernd ausreichend diskutiert werden kann — ist das „Bündnis" zwischen Staat, Unternehmern, Bundesbank und Gewerkschaften mit dem Zweck „Arbeit für alle" zu schaffen.

Fortsetzung auf Seite 2

Protest gegen Militärspektakel



Fast 2000 Demonstranten und praktisch genauso viele Polizisten, darunter mehrere Einheiten des berüchtigten Sondereinsatzkommandos (SEK) standen sich am letzten Samstag bei einer öffentlichen Gelöbnisfeier der Bundeswehr gegenüber. Die Polizei hatte das Gebiet weiträumig abgesperrt, 13 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. (s. Bild)

Hamburg:

1 500 gegen HIAG-Treffen

1 500 Hamburger protestierten am Samstag, dem 26.10. gegen ein geplantes Treffen der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V.). Das Treffen war aus Anlaß des 35jährigen Bestehens der HIAG geplant worden.

Der Hamburger Senat hatte zunächst erklärt, daß ihm von dem HIAG-Treffen nichts bekannt sei. Klar, ein Treffen, von dem man nichts weiß, braucht man auch nicht zu verbieten. Und das wollte man offenbar nicht. Immerhin erklärte der Hamburger Staatsrat Rabels, die HIAG habe „das Recht zur Versammlung wie jede andere Vereinigung" und kündigte auch gleich entsprechenden Polizeischutz an. Polizeischutz für eine Organisation, die keine andere Tradition zu pflegen hat, als die des faschistischen Massenmords!

Dafür, daß es zu diesem Skandal schließlich doch nicht kam, können Hamburgs regierende Sozialdemokraten nichts. Denn die HIAG sagte ihr Treffen ab — es gab zu viel Proteste.



Der Minister kündigt Konsensbereitschaft an

J. F. und die Unternehmer

Fortsetzung von Seite 1

Natürlich ist dies gerade in Hessen, wo die chemische Industrie ihr Zentrum hat, eine Frage von besonderer Bedeutung. Tatsache ist, daß dort seit Jahrzehten — sofern vorhanden — Umweltvorschriften systematisch, massiv und in großem Umfang umgangen werden, oft genug im Einvernehmen mit zuständigen Behörden oder deren Vertreter. Darüber gibt es sogar gültige Gerichtsurteile.

Aber auch ein Minister einer anderen Partei in einem anderen Bundesland könnte — durch öffentlichen Druck beispielsweise — auf die Idee kommen, es mit diesen Gesetzen genauer zu nehmen. Das kann nicht der ganze Grund sein für das nahezu hysterische Aufbegehren von Kapital und Bonner Regierungsparteien, die auch der SPD keine Peinlichkeit ersparten.

Da gibt es schon noch die Gründe der Unberechenbarkeit der Grünen — schließlich sind sie nicht „geflickt" — und ihrer noch bestehenden Beziehungen zu außerparlamentarischen Bewegungen, sowie die Gegenbestrebungen gegen JF und Co. Da gibt es auch die Gründe, die mit einer befürchteten Auflösung des bürgerlichen Dreiparteiensystems in den Parlamenten in Zusammenhang stehen. Und auch mit ideologischen Grundsatzfragen.

Aber: Die Hand ist ausgestreckt. Von der SPD sowieso. Holger Börner hat eben nicht „im Ernstfall die Dachlatte umgedreht", sondern die Grünen eingebunden, sein Wirtschaftsminister Steger darf im „Spiegel" seitenweise Angebote ans Kapital machen und bei den Grünen tut dies eben ihr neuer erster Mann, Minister Fischer.

Keine Feindschaft möchte er haben — das kann er bekommen. Ungefähr zum selben Preis mit dem er den Regierungseintritt erkauft hat.

Die Parlamentarisierung der Grünen jedenfalls ist immerhin schon so weit fortgeschritten, daß allen Ernstes solche Argumente in der Debatte vorgetragen werden konnten, die die Alternative Neuwahlen wegen der Gefahr des Ausscheidens aus dem Landtag verwarfen.

Man muß ihm nur etwas Zeit lassen — Jo Leinen hat es schließlich vorgemacht, wie man sich etabliert, auch wenn nicht besonders beliebt.

Reagen — Weltpolizist

Fortsetzung von Seite 1

Eine Absage erteilte er auch allen Spekulationen darüber, wie es die US-Regierung denn wohl mit der Interpretation des 72er ABM-Vertrages hielte. Zwar sprach er auch hier mit zwei Zungen — Unterschiede in seiner UNO-Rede und in den Bekundungen aus Anlaß des Kurzgipfels am Rande der Jubiläumsversammlung waren leicht zu erkennen. Deutlich gemacht aber wurde von der gesamten Reagan-Administration eindeutig, daß die USA diesen Vertrag auf jeden Fall in folgender Weise zu interpretieren gedenken: Wie es ihnen gerade ins Zeug paßt. Alle Besänftigungsversuche, ABM könne ein Damm gegen die Realisierung von SDI über „Forschung" hinaus sein, sind damit endgültig hinfällig.

Die Bonner Abgesandten hatten bei dieser wahren Orgie an USA-Propaganda schwer, ihren Standpunkt zu vertreten. Kohl beschränkte sich weitgehend darauf, seine Unterstützung für alle Reaganschen Aussagen und US-Programme zu unterstreichen, Genschers Laviertaktik war bereits durch Reagans Aussagen zu ABM diskreditiert worden.

So hatte dieser „Besuch", bei dem Kohl sich auch mit Reagan fotografieren lassen durfte, vor allem die Funktion, die Bonner Unterstützung für das SDI-Programm zu unterstreichen. Die vorherige faktische Absage an „Eureka" als Konkurrenz zu SDI (auf dem Wege der Finanzplanung) hatte diese Position ja bereits festgemauert.

Die große Show der US-Regierung aus Anlaß dieses UNO-Jubiläums so kurz vor dem Genfer Gipfeltreffen hat bereits verschiedenste Konsequenzen. Da unter diesen Voraussetzungen sichtbar nichts von diesem Treffen zu erwarten ist, wurde vor allem der Vorschlag eine ganze Serie von Gipfeln zu machen hoch gehandelt, damit der „Erwartungsdruck" an dieses Genfer Treffen sinke.

Eine Diskussion um Gorbatschows Vorschlag, wie zunächst erwartet, kam so nicht zustande — weil es vor allem die US-Regierung nicht wollte. Nun ist angesichts der wirklichen Lage in der Atomrüstung ein Vorschlag, die Arsenale zu halbieren, sicherlich weit davon entfernt, eine Friedenslösung zu sein. Trotzdem bleibt es zunächst eine andere Form des Herangehens als die aggressive Taktik der Reagan und Co.

Dabei gibt es sicher keinen Grund, von der Grundsatzposition abzugehen, daß Friedenspolitik in einem Land nur im Kampf um die Abrüstung dieses Landes ihr Hauptziel haben kann, eine Politik, die auch von der UdSSR nach wie vor verneint wird, die weiterhin Abschreckungs- und anderen bürgerlichen Doktrinen anhängt. Aber Reagan hat sein Ziel erreicht, ohne irgendwelchen Ballast nach Genf gehen zu können, ohne irgendeine Bindung oder Auftrag.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, "PA" bei.

Neuauflage: „Das Bündnis"

Fortsetzung von Seite 1

Wobei — klassisch — von „Arbeitsplatzbesitzern" Opfer verlangt werden, während für die Unternehmer ökonomische Anreize in Aussicht gestellt werden — das ist die Tradition solcher Programme wie das 78er „ZIP" (das, je länger vorbei, von der SPD-Propaganda um so rosiger dargestellt wird), die nicht vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und deren Ursache, die kapitalistische Profitwirtschaft ausgehen, sondern von der „gemeinsamen Anstrengung".

Dritter Kernpunkt schließlich ist die bereits gesondert propagierte ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft — auch hier ist das Rezept von Roth und Co. das der staatlichen ökonomischen Anreize für die Unternehmer.

Ein Entwurf also, der gekennzeichnet ist von dem abermaligen Bemühen darum, sich nicht nur als staatstragend zu profilieren, sondern auch als fähiger, sich um die Behebung der kapitalistischen Krisenerscheinungen zu kümmern, die ja weit über zyklische Krisen hinausgehen.

In einer ersten Stellungnahme bezeichnete der Bundesvorstand der Jungsozialisten diesen Entwurf als „unbrauchbar". Das ist so sicher keine besonders treffende Kritik — kommt es doch zuerst darauf an, zu sehen, wofür ein solcher Entwurf nützlich sein soll, um dann über seine Brauchbarkeit entscheiden zu können.

„Unbrauchbar" um die oben genannten Ziele zu erreichen, erscheint dieser Entwurf keineswegs — zumindest nicht grundsätzlich. Nur: Den gegenwärtigen Zielen der Unternehmer und ihrer Verbände und Vertreter wird da wohl nicht weit genug entgegengekommen, um wirklich zum erhofften Erfolg für einen Wirtschaftsminister Roth beizutragen.

„Deutschlandpolitische" Erklärung:

An der Grenzfrage gescheitert

Eine neue Resolution zur Deutschlandpolitik im Bundestag ist am Widerstand bestimmter Teile der CDU/CSU-Fraktion gescheitert. Wichtig ist dabei das Warum.

Ursprünglich war das Ganze geplant als eine erneute Demonstration der „Gemeinsamkeit". Wie fast jedes Jahr sollte eine solche Entschließung dokumentieren, daß die staatstragenden Parteien in Bonn gemeinsame Grundauffassungen zur Frage der Beziehungen vor allem zur DDR (und zu den von Revanchisten beanspruchten Teilen Polens) haben — letztes Jahr hatten sich dann auch nur die Grünen geweigert, die entsprechende Resolution zu unterstützen.

Zunächst war denn auch alles wie üblich: Verhandlungskommissionen, die eine entsprechende Einigung suchten und auch fanden. Dann aber kam der massive Widerspruch von Seiten der CDU/CSU-Fraktion.

Was dann unter allen möglichen Schlagworten gehandelt wurde, von der Aussage, man brauche nicht schon wieder eine solche Erklärung (die im Widerspruch zu vorherien Bekundungen stand) bis zur Behauptung, es sei eigentlich kein Streit um Inhalte, diente nur zur Verwischung des wahren Grundes für das Scheitern einer gemeinsamen Erklärung.

Es ging um die Formulierung, die Grenzen seien „jetzt und in Zukunft" unantastbar. Dagegen richtete sich der Widerstand der von Dregger angeführten Unionsrechten — auch gegen die süffisant vorgetragenen Kommentare, daß diese Formulierung der Regierungserklärung Kohls zu dieser Frage im Bundestag entnommen seien.

Unantastbare Grenzen — eine solche Formulierung ist für die Rechte innerhalb der Koalitionsregierung unannehmbar. Da war es nicht zufällig, daß, so weit noch vorhanden, dieselben Abgeordneten am lautesten Zeter schrieben, die einst schon bei den Ostverträgen die radikalsten Gegner gewesen waren.

Die Grenzen heute für unantastbar zu erklären — dazu wären solche Leute unter dem Druck der Fakten gerade noch bereit. Aber auch für die Zukunft — das hieße den eigenen so lange gehegten Plänen abzuschwören und das eben wollen sie unter keinen Umständen, auch wenn es nur seicht formuliert ist und Wendungen offen läßt.

Wenn Jochen Vogel für die SPD nach dem Scheitern erklärte, der Grund für das Nichtzustandekommen seid der Widerstand der „Deutschnatonalen" in der CDU/CSU gewesen, so ist da sicherlich einiges Richtige dran.

Nur: Deren Position war bekannt, weshalb sollte dann eine gemeinsame Erklärung angestrebt werden, weshalb in der Vergangenheit die so oft geübte Praxis? Die Debatte um die wenig konsequenten Überlegungen Jürgen Schmudes innerhalb der SPD hat ja auch bereits gezeigt, daß es auch da eine deutliche Strömung gibt, die solche Festlegungen nicht will.

Parteitag der Saar-SPD

Lafontaine mobilisiert gegen Bonn

Mit einiger Spannung war der Landesparteitag der SPD Saar am vergangenen Wochenende erwartet worden — immerhin der erste nach dem großen Wahlsieg Lafontaines. Dieser aber beschränkte sich darauf, die Bonner Politik zu kritisieren.

Wenig, sehr wenig wurde zur Politik im Saarland gesagt. Im wesentlichen wiederholte Lafontaine hier seine inzwischen bekannten Vorstellungen über die Zukunft von ARBED-Saarstahl, deren Kern eine Fortsetzung des privatwirtschaftlichen Kurses sind.

Ansonsten kaum Aussagen zu landespolitischen Fragen, außer der inzwischen fast schon stereotypen Feststellung, man habe keine Versprechungen gemacht, und nun zeige sich, daß es auch richtig gewesen sei, dies nicht zu tun. Was auf keinen besonders guten Gang der Dinge schließen läßt. Jedenfalls: Einen Sturm im Wasserglas, wie in Hessen bei der Bildung der neuen Landesregierung, hat es bisher gegen Lafontaine nicht gegeben. Noch nicht einmal die Drohung mit dem beliebten Unternehmer-Exodus. Was einiges an Rückschlüssen zulassen dürfte.

Lafontaine beschränkte sich darauf, Front gegen die Bonner Politik zu machen. Was seine zwei Seiten hat. Einmal ist es altbekannt, daß die SPD als Regierungspartei in ihrer jeweiligen Position stets beteuert, dies und jenes aufgrund „der anderen" nicht machen zu können. Und eine echte Alternative zu Bonn strahlt aus dem Saarland auch nicht herüber. Zum zweiten ist es natürlich richtig, die erpresserische Bonner Politik in bezug auf die saarländische Montanindustrie an den Pranger zu stellen.

Die Bonner Versprechungen waren ganz offensichtlich ausschließlich parteipolitisch gemeint, für den Fall eines CDU-Wahlsieges an der Saar. Geldentzug soll nun die Strafe sein für die andere Wahl.

Mit dieser Mobilisierung gegen Bonn kann Lafontaine heute sicher noch einiges erreichen. Auf Dauer wird aber dieses Konzept seiner Politik nicht ausreichen, um die Frage abzuwehren, was denn er selbst und seine Landesregierung getan haben, um die Lage zu verändern.

Nicht mal mit der umstrittenen Bezügekürzung in den Ministerien wurde da besonders argumentiert, eine Maßnahme, die ja nun auch nicht ausgesprochen auf Großverdiener abzielte und von daher eher ins sozialpartnerschaftliche Bild der sogenannten sozialen Symmetrie bei Kürzungen paßt.

Erziehungsgeld — Erziehungsurlaub

Vorsicht! Frauenfalle!

Im September beriet der Bundestag in erster Lesung über den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz), vorgelegt von der Bundesregierung und den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Elternurlaubsgesetz), vorgelegt durch die SPD. Nach den Plänen der Regierungsparteien soll ihr Entwurf bereits am 1. 1. '86 in Kraft treten. Mit der 2. und 3. Lesung der beiden Gesetzentwürfe ist also demnächst zu rechnen.

Wir befassen uns deshalb in dieser Ausgabe des RM mit dem Regierungsentwurf und in einer der nächsten Ausgaben des RM mit dem Gesetzentwurf der SPD, der auch unter Sozialdemokratinnen keineswegs unumstritten ist, von der Hamburgerin Heide Pfarr beispielsweise als Alternative zum Regierungsentwurf abgelehnt wird.

Eine notwendige Klarstellung

Heiner Geißler erklärte in der Bundestagsdebatte über den Entwurf für ein Bundeserziehungsgeldgesetz, daß durch dieses Gesetzesvorhaben der Regierung nun endlich Schluß sei mit der Teilung der Frauen in zwei Klassen, in die Klasse der berufstätigen und die Klasse der Hausfrauen und der Benachteiligung der Letzteren durch das geltende Mutterschaftsurlaubsgesetz.

Mit ähnlichen Argumenten hatten sich CDU und CSU bereits 1981 gegen die Einführung des Mutterschaftsurlaubs gewandt und statt des damals von der sozialliberalen Koalition beschlossenen Mutterschaftsgeldes von 750 DM ein Erziehungsgeld für alle (allerdings damals nur für deutsche!) Frauen gefordert. Es gab um diese Frage damals heftige Debatten in der Bevölkerung. Ein „Klassenkampf" zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen bzw. Familienfrauen allerdings fand nicht statt. Denn die meisten Frauen, auch Hausfrauen, fanden es sehr einleuchtend, daß die Mutterschutzfrist von acht Wochen nach der Geburt des Kindes zu kurz ist, daß berufstätige Frauen die Möglichkeit haben müssen, längere Zeit bei dem neugeborenen Kind zu Hause zu bleiben und daß sie in dieser Zeit selbstverständlich in irgendeiner Form den fehlenden Verdienst ersetzt bekommen müssen. Es ging also bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs nicht darum, berufstätige Frauen zu bevorzugen, sondern im Gegenteil darum, die große Belastung, die es bedeutet, nach nur acht Wochen Mutterschutzfrist Kindererziehung, Hausarbeit und Beruf wieder vereinbaren zu müssen, etwas zu mildern.

Dies alles bedeutet nicht, daß den Hausfrauen bzw. Familienfrauen, die ab 1. 1. 86 nach der Geburt eines Kindes nun auch 600 DM bekommen sollen, dieses Geld nicht gegönnt werden soll. Im Gegenteil. Viele Frauen bzw. Familien können die 600 DM gut gebrauchen. Wir halten es aber für wichtig, daß deutlich wird, daß mit dem Erziehungsgeld zwei Dinge vermischt werden, die nicht vermischt werden dürfen: der gesetzliche Anspruch auf Ersatz für ausgefallenen Lohn bzw. Gehalt und ein staatlicher Zuschuß in die Familienkasse für die ersten 10 bzw. 12 Monate nach der Geburt eines Kindes. Denn nichts anderes als ein solcher Zuschuß in die Familienkasse ist das Bundeserziehungsgeld.

Gebärprämie

Es ist ein offenes Geheimnis, daß bevölkerungspolitische Motive, wie es so schön heißt, eine wesentliche Rolle dafür spielen, daß die Regierung in diesem Punkt plötzlich freiwillig mehr Geld ausgeben will, während sonst allenthalben Sozialausgaben gestrichen werden. Zu diesem Versuch, mittels finanzieller Anreize eine höhere Geburtenrate erreichen zu wollen, ist folgendes zu sagen:

1. Ein solcher Versuch ist verantwortungslos. Was wird denn aus den Kindern, die nur wegen eines solchen finanziellen Anreizes geboren werden? Was ist denn, wenn nach 10 bzw. 12 Monaten die Zahlung des Erziehungsgeldes aufhört? Kinder kosten schließlich nicht nur in den ersten Monaten Geld. 2. In der Begründung der Bundesregierung für ihren Gesetzentwurf heißt es: „*Da das Erziehungsgeld ergänzend zu anderen Sozialleistungen gewährt und auf diese nicht angerechnet wird, erleichtert es — ggf. ergänzt durch Hilfen der Stiftung ‚Mutter und Kind' — Schutz des ungeborenen Lebens' — schwangeren Frauen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen in einer Konfliktsituation befinden, die Entscheidung für das Kind.*"

Tatsächlich? Pro familia hat in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß rein finanzielle Gründe nur in den wenigsten Fällen das Motiv für einen Schwangerschaftsabbruch sind. Sollen also wirklich nur Entscheidungen „erleichtert" werden? Mißtrauen ist angebracht. Denn immerhin hat Lothar Späth bereits angekündigt, daß er die rechtlichen Bestimmungen über die soziale Notlagenindikation für einen Schwangerschaftsabbruch ändern will. Und zwar so, daß als soziale Notlage ausschließlich eine finanzielle Notlage anerkannt werden soll. Wobei dann schriftlich zu begründen ist, wieso eine solche finanzielle Notlage trotz Erziehungsgeld und finanzielle Hilfe durch die Stiftung „Mutter und Kind" noch besteht.

An diesem Punkt wird deutlich, daß die Frauen für das bißchen Erziehungsgeld unter Umständen teuer werden bezahlen müssen. Und wer garantiert, daß das nicht noch in weiteren Punkten der Fall sein wird? Z.B. indem der Staat unter Hinweis auf das Erziehungsgeld, das ja ausdrücklich die Erziehungsleistung der Familie honorieren soll, staatliche Kosten für die Erziehung (z.B. Tagesstätten) noch weiter senkt?

Lüge über die Arbeitsplatzgarantie

Beim geltenden Mutterschaftsurlaub gibt es eine Arbeitsplatzgarantie. Beim Erziehungsurlaub, den die Bundesregierung will, gibt es keine Arbeitsplatzgarantie stritten, und dann legt die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf vor, in dem diese für die berufstätigen Frauen wesentliche Frage in einer Verwaltungsvorschrift geregelt werden soll, die erst **nach** Verabschiedung des Gesetzes verfaßt und beschlossen wird!

An was dabei gedacht ist, wird aber immerhin aus der Begründung der Bundesregierung für den Gesetzentwurf über das Bundeserziehungsgeld ansatzweise deutlich. Es ist ein Kündigungsschutz mit so vielen Löchern wie beim Schweizer Käse. In der Begründung heißt es:

„... *Damit gilt künftig eine einheitliche Kündigungsschutzregelung für Mütter vor der Geburt des Kindes bis zum Ende des Erziehungsurlaubs und auch für andere Erziehungsurlaubsberechtigte.* (Auch das ist übrigens eine Verschlechterung gegenüber dem geltenden Mutterschaftsurlaubsgesetz, bei dem der Kündigungsschutz erst zwei Monate nach dem Mutterschaftsurlaub endet. Aber das nur nebenbei.)



Arbeitsplatz oder Kind — vor diese Alternative wird das Bundeserziehungsgeldgesetz faktisch viele Frauen stellen. Denn eine Arbeitsplatzgarantie gibt es nicht.

und auch keinen generellen Kündigungsschutz. Der Regierungsentwurf hält nicht, was Heiner Geißler seinerzeit versprochen hat.

Im Gesetzentwurf heißt es im §18: „*Kündigungsschutz. Der Arbeitgeber darf das Arbeitsverhältnis während des Erziehungsurlaubs nicht kündigen. Die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann in besonderen Fällen ausnahmsweise die Kündigung für zulässig erklären. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrats allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Satzes 2 zu erlassen.*"

Man liest es, und man glaubt es kaum. Da wird monatelang über die Frage der Arbeitsplatzgarantie und des Kündigungsschutzes beim Erziehungsurlaub ge-

Dieser Kündigungsschutz kann aber nicht uneingeschränkt gelten. Es muß insbesondere ausgeschlossen werden, daß die wirtschaftliche Existenz des Betriebes gefährdet wird...

Ein besonderer Fall, in dem die zuständige Behörde die Kündigung auch während des Erziehungsurlaubs für zulässig erklären kann, ist z. B. die Einstellung des Betriebes oder einer Betriebsabteilung, wenn der Arbeitnehmer nicht in einen anderen Betrieb des Unternehmens oder in eine andere Betriebsabteilung umgesetzt werden kann. Auch eine Verlegung des ganzen Betriebes oder eines Betriebsteils kann als ‚besonderer Fall' angesehen werden, insbesondere dann, wenn der Arbeitnehmer eine Weiterbeschäftigung in einer neuen Betriebsstätte ablehnt.

Darüberhinaus soll die Vorschrift auch in anderen Fällen greifen, wenn sonst die Existenz des Betriebes oder die wirtschaftliche Existenz des Arbeitgebers gefährdet wäre. Auch eine unbillige Erschwerung der wirtschaftlichen Existenz des Arbeitgebers kann ein Grund für die zuständige Behörde sein, die Kündigung ausnahmsweise für zulässig zu erklären. Ein ‚besonderer Fall' liegt bei Betrieben mit fünf oder weniger Arbeitnehmern dann vor, wenn der Arbeitgeber zur Fortführung des Betriebes dringend auf eine Ersatzkraft angewiesen ist, die er nur gewinnen kann, wenn er mit ihr einen unbefristeten Arbeitsvertrag abschließt."

Hier werden der Willkür der Unternehmer wahre Scheunentore eröffnet! Praktisch alle berufstätigen Mütter, vor allem aber natürlich Frauen in Kleinbetrieben, gehen das Risiko ein, nach dem Erziehungsurlaub ohne Arbeitsplatz dazustehen. Eine schöne Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf, die die Regierung den Frauen da anbietet!

Der Trick mit der Teilzeitarbeit

Neu am geplanten Bundeserziehungsgeldgesetz ist im Vergleich zum geltenden Mutterschaftsurlaubsgesetz auch, daß während des Erziehungsurlaubs künftig Teilzeitarbeit bis zu 19 Stunden in der Woche möglich sein soll. Auch in diesem Punkt macht die Bundesregierung in der Begründung für ihren Gesetzentwurf keinen Hehl daraus, wessen Wohl sie bei dieser Neuerung im Auge hat. Im Begründungstext heißt es nämlich: „*In einer Reihe von Fällen wird es auch für die Betriebe eine Erleichterung darstellen, daß das Gesetz nunmehr für Mütter bereits ab dem dritten Monat nach der Geburt Teilzeitarbeit von weniger als 20 Stunden in der Woche zuläßt, während bisher während des Mutterschaftsurlaubs jede Erwerbstätigkeit ausgeschlossen ist. Das wird vor allem im Hinblick auf Spezialkräfte und solche Arbeitnehmer von Bedeutung sein, die — z.B. in Kleinbetrieben — mit den Verhältnissen des Betriebes vertraut sind und daher schwerer ersetzt werden können als andere Arbeitnehmer.*"

Für die Wahrung der Interessen der Unternehmer ist also gesorgt. Und die Interessen der Frauen? Wer schützt sie vor dem Druck von seiten der Unternehmer, Teilzeit weiterzuarbeiten statt ganz zu Hause zu bleiben? Wer garantiert, daß Frauen, die sich erst mal auf Teilzeitarbeit eingelassen haben, hinterher, nach dem Erziehungsurlaub, wieder ganztags arbeiten können?

Befristetes Beschäftigungsverhältnis — trotzdem Kündigung

Die Unternehmer haben bekanntlich die Möglichkeit, für die Zeit, in der eine Arbeiterin oder eine Angestellte ihren Erziehungsurlaub wahrnimmt, einen befristeten Arbeitsvertrag mit einer Ersatzkraft abzuschließen. Befristete Arbeitsverträge wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub dürfen eine maximale Dauer von 15 Monaten haben. Auf die grundsätzlich Problematik der befristeten Arbeitsverhältnisse soll hier nicht eingegangen werden. Dazu ist im RM schon viel geschrieben worden.

Nach dem §21 — „Befristete Arbeitsverträge" im Entwurf für das Bundeserziehungsgesetz aber wird die sowieso schon miserable Situation der befristet Beschäftigten rechtlich noch weiter verschlechtert. Denn in Absatz 5 dieses Paragrafen wird den Unternehmern das Recht zugestanden, unter bestimmten Bedingungen befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Frist von drei Wochen zu kündigen. Diese Bedingungen sind dann gegeben, wenn der Erziehungsurlaub nicht mit Zustimmung des Arbeitgebers vorzeitig beendet wird (was auch möglich ist), sondern etwa deshalb, weil das neugeborene Kind gestorben ist und deshalb kein Anspruch auf Erziehungsurlaub mehr besteht oder deshalb, weil die Person, die den Erziehungsurlaub an sich wahrnehmen sollte, dazu z.B. auf Grund eines längeren Krankenhausaufenthaltes nicht mehr in der Lage ist und deshalb der andere Elternteil den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen muß. Für alle diese Fälle heißt es im §21 im Absatz 6 lapidar: „*Das Kündigungsschutzgesetz ist ... nicht anzuwenden.*"

Zu wenig Geld

Außerdem ist da noch die Sache mit dem Geld. 600 DM Erziehungsgeld sind zwar 90 DM mehr als die 510 DM Mutterschaftsurlaubsgeld, die es im Moment gibt. Aber es sind auch immer noch 150 DM weniger als die 750 DM Mutterschaftsurlaubsgeld, die es zur Zeit der sozialliberalen Koalition gab. Und das war schon wenig genug.

Heiner Geißler macht ein großes Getöse um die Tat-

Fortsetzung auf Seite 4

Die unendliche BMW-Geschichte

Alle Kündigungen gegen Peter Vollmer vom Tisch

Über neue Erfolge vor den Gerichten und neue Beweise der breiten Solidarität mit den drei entlassenen BMW-Gewerkschaftenı berichtet das Solidaritätskomitee in seiner Pressemitteilung vom 9. Oktober, der ersten nach dem „Sommerloch".

Nach einem neuerlichen Erfolg vor dem Westberliner Arbeitsgericht sind alle Kündigungen gegen Peter Vollmer nun vom Tisch. Über den Weiterbeschäftigungsanspruch von Peter Vollmer, den das Westberliner Arbeitsgericht erneut als begründet ansah, wird aber erst am 5.12.85 in einem Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht entschieden.

Von den 16 Kündigungen, die gegen die Kollegen Knirsch, Köbrich und Vollmer von BMW ausgesprochen wurden, sind fünf mittlerweile in letzter Instanz zurückgewiesen, acht in erster Instanz, während noch drei in erster Instanz anhängig sind. In drei Urteilen wurde übrigens bereits der Weiterbeschäftigungsanspruch bejaht.

Schon im Juli hatte Hans Köbrich gegen die Nachfolgekündigungen obsiegt und einen sofort vollstreckbaren Weiterbeschäftigungsanspruch erworben. Nachdem Köbrich ein Zwangsvollstreckungsurteil in Höhe von 30000 DM, ersatzweise Haft für den BMW-Vorsitzenden Kuenheim, erwirkte (26.6. 85), unterbreitete BMW ein Angebot, nach dem Hans Köbrich immerhin seinen lange vorher gebuchten Urlaub bis zum 20. Oktober nehmen kann und am 21. Oktober weiterbeschäftigt wird. Kollege Köbrich nahm dieses Angebot an. Gerade ist bekannt geworden, daß BMW Köbrich am 21.10. in eine nicht zum Spandauer Betrieb gehörende Filiale zwangsversetzen will.

Die IG Metall hat inzwischen beschlossen, den drei BMW-Entlassenen Gemaßregeltenunterstützung nach §24 ihrer Satzung zu zahlen und diese Zahlung über die laut Satzung dafür vorgesehenen ersten 13 Wochen hinaus zu verlängern. Diese Entscheidung der Gewerkschaft bedeutet, daß die ursprünglich eingenommene Haltung, nach der die drei bei ihrer Wahlanfechtung nicht „im Auftrage" der Gewerkschaft gehandelt hätten, vollständig revidiert wird: Es ist jetzt nachträglich anerkannt, daß die — von der Berliner IGM-Ortsverwaltung nicht unterstützte — Wahlanfechtungsinitiative der drei eine gewerkschaftliche Aktivität war.

Wie die von Kollegen gemachte BMW-Betriebszeitung mitteilt, hat die Berliner Ortsverwaltung der IG Metall beschlossen, ein Untersuchungsverfahren nach *§11* ihrer Satzung (Ausschlußverfahren) gegen den freigestellten BMW-Betriebsrat der „Mannschaft der Vernunft" und Vertrauenskörperleiter Dieter Schulz einzuleiten. Bisher waren alle Anträge, die „Vernunft"-Betriebsräte wegen Unternehmerhörigkeit aus der Gewerkschaft auszuschließen, zurückgewiesen worden. Nachdem nun aber Schulz einen Kollegen wegen dessen Beschwerde als Unruhestifter an die Personalabteilung weitergemeldet hatte, war auch für die IGM-Ortsverwaltung das Faß übergelaufen.

Bei einer Vertrauenskörper-Sitzung im BMW-Werk am 1.10.85 kündigte der „Vernunft"-Betriebsrat Wolinski an, demnächst solle eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung **im Werk** stattfinden, um zwei Delegierte für die Vertreterversammlung, das höchste Organ der IG Metall am Ort, nachzuwählen. Sollte das zutreffen, dann würden die drei entlassenen IG-Metall-Funktionäre wieder einmal von ihrer Mitwirkung an der gewerkschaftlichen Basis ausgeschlossen, weil sie ja Hausverbot haben. Mit dieser Methode des Fernhaltens der Gekündigten war schon im letzten Jahr der gewerkschaftliche Vertrauenskörper mehrheitlich auf die Linie der „Mannschaft der Vernunft" gebracht worden. Nachdem die IG Metall inzwischen ihre drei entlassenen Funktionäre mit Kräften unterstützt, scheint es undenkbar, daß sie weiter an derartigem Vorgehen festhält und tatsächlich ihre Mitgliederversammlung im Hoheitsbereich des Herrn Glas einberuft.

Bei BMW-Spandau sind zwei der Personalabteilung durch Unterstützung von Knirsch, Köbrich und Vollmer aufgefallene Gewerkschafter, die auch für die Arbeitsgerichtsprozesse der Werksleitung widersprechende eidesstattliche Erklärungen abgegeben hatten, nicht nur mit Abmahnungen, sondern auch mit Versetzungen an für sie unannehmbare Arbeitsplätze bedroht und verfolgt worden. Zum Beispiel wurde ein Vertrauensmann, der eine Familie mit Kindern hat, binnen drei Tagen in ein bayerisches Werk abgeordnet. In beiden Fällen hat das Arbeitsgericht Berlin diese Schikanierungen für rechtsunwirksam erklärt.

Die AfA (SPD) im Main-Taunus-Kreis hat den gegenwärtigen BMW-Betriebsrat, der mit massiver Hilfe von BMW ins Amt gekommen ist und die Praxis der Kettenkündigungen gegen die drei entlassenen Gewerkschafter direkt unterstützt, zum Rücktritt aufgefordert. Der Vorsitzende Paul Ickstadt schreibt: „Der einzige Ausweg, bei dem ihr nicht noch mehr Schaden anrichtet, ist euer Rücktritt.

Wir fordern euch deshalb auf, nicht weiter beim skandalösen Rechtsbruch durch die BMW-Geschäftsleitung mitzuwirken und durch euren Rücktritt den Weg zur Wahl eines unabhängigen Betriebsrats freizumachen."

Die SPD Berlin-Schöneberg hat folgenden Antrag beschlossen: „Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu erarbeiten und im Bundestag einzubringen, durch die das Kündigungsschutzgesetz in der Weise geändert wird, daß Arbeitnehmer bei einer ordentlichen oder fristlosen Kündigung durch den Arbeitgeber bis zu einer Kündigung stattgebenden rechtskräftigen Entscheidung des Arbeitsgerichts einen vollstreckbaren Weiterbeschäftigungsanspruch besitzen." In der Begründung beziehen sich die Schöneberger Sozialdemokraten direkt auf die Vorgänge bei BMW.

Der Bezirk Tiergarten der Westberliner Alternativen Liste stellt dem Solidaritätskomitee ab Juli 85 monatlich 300,— DM zur Verfügung.

Kein Maulkorb für Marianne Hürten

Nachdem die Abmahnung der Bayer AG gegen ihre Beschäftigte Marianne Hürten wegen „Agitation gegen die chemische Industrie" in eine rechtlich nicht mehr angreifbare „Ermahnung" umgewandelt wurde, geht es um die Beseitigung eines zweiten Maulkorbes, wenn wir nicht wollen, daß er demnächst uns auch angelegt wird.

Die IG-Chemie-Verwaltungsstelle Leverkusen hat durch ihren Vorstand am 10.6.85 beschlossen, beim Hauptvorstand ein Ausschlußverfahren gem. § 7 der Satzung gegen Marianne Hürten und die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei der Bayer AG Leverkusen, zu beantragen. Was ist vorgefallen:

Aus der „Buschtrommel", einem Mitteilungsblatt für kritische Gewerkschafter in der IG CPK wurde für ein Flugblatt der „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" ein Artikel übernommen, der sich kritisch mit der Tarifpolitik und dem IG CPK-Vorstandsmitglied Horst Mettke auseinandersetzt.

Die IG-Chemie-Verwaltungsstelle Leverkusen wertet diesen Artikel als schwerwiegend gewerkschaftsschädigend. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste wurden aufgefordert, sich von diesem Artikel zu distanzieren. Hierauf erfolgte lediglich die Klarstellung, daß keiner der Betroffenen den Artikel geschrieben habe, sondern es sich nur um die Weitergabe eines Kommentars aus der „Buschtrommel" handle, den sie nicht zu verantworten haben.

Wenn dies für einen Gewerkschaftsausschluß ausreicht, bleibt kaum noch eine Möglichkeit zur aktiven Gewerkschaftsarbeit, ohne sich der gleichen Gefahr auszusetzen. Innergewerkschaftliche Demokratie und Meinungsfreiheit würden in der IG Chemie einen schweren Rückschlag erleiden.

Darum solidarisiert Euch mit Eurer Unterschrift, um den Hauptvorstand von der Unsinnigkeit dieser Ausschlußanträge zu überzeugen.

Kein Gewerkschaftsausschluß für Marianne Hürten und ihre Kollegen und Kolleginnen!

Zustimmungserklärungen zu dieser Solidaritätsresolution an das Solidaritätskomitee ‚Kein Maulkorb für Marianne Hürten' c/o Rainer Morgenstern, Burscheider Str. 486, 5090 Leverkusen 3.

Erklärung der VKL Merck

Erklärung der VKL Merck Darmstadt zum Verfahren gem. § 7 Ziff. 1a der Satzung der IG Chemie Papier Keramik gegen Marianne Hürten und andere Kollegen von Bayer Leverkusen. Auf der Betriebsversammlung der Bayer AG am 23. Mai 1985 wird die Betriebsrätin Marianne Hürten, gleichzeitig Kandidatin bei der Landtagswahl NRW für die Grünen, von einem leitenden Angestellten des Unternehmens scharf angegriffen. Dabei wird aus einer an sie gerichteten Abmahnung mit Datum vom 24. Mai zitiert, die sie selbst noch gar nicht kennt. Ein ungewöhnlicher Vorgang.

Am 19. Juni 1985 fordert die Verwaltungsstelle der IG Chemie Leverkusen Marianne Hürten und andere auf, sich von einer kritischen Äußerung in einem vor dem Betrieb verteilten Flugblatt zu distanzieren, andernfalls würde Ausschlußantrag gestellt werden. Das Flugblatt, um das es geht, ist im März 1985 verteilt worden. Kollegin Hürten weigert sich daraufhin, sich von dem Artikel, den sie nach eigener Erklärung nicht geschrieben hat, zu distanzieren. Daraufhin wird das Ausschlußverfahren eingeleitet. Zweierlei fällt ins Auge:

***Sachlich:** Sowohl der Unternehmer als auch die Verwaltungsstelle der IG Chemie in Leverkusen stützen ihre Maßregelungen nicht auf präzise definierte, persönlich zuzuordnende Verfehlungen, sondern maßregeln aufgrund von Unterstellungen und anfechtbaren Behauptungen.*

***Zeitlich:** Während die Unternehmensleitung Bayer den zeitlichen Zusammenhang ihres Angriffs mit der Landtagswahl NRW offen herstellt, indem sie die Abmahnung mit dem Wahlkampfverhalten der Kollegin Hürten begründet, zieht die Verwaltungsstelle der IG Chemie ein Flugblatt heran, dessen Verteilung drei Monate zurücklag. Sind hier Gottes Mühlen am Werk, daß so langsam gemahlen wird?*

Der VKL Merck liegen die einschlägigen Dokumente zu den genannten Vorgängen vor. Wir sehen in der Maßregelung der Kollegin Hürten durch den Unternehmer den Versuch, die Kündigung gegen eine kritische Arbeitnehmervertreterin vorzubereiten. Wir stehen in dieser Sache vollständig hinter unserer Kollegin Marianne Hürten!

Die sachlichen und zeitlichen Umstände des Ausschlußverfahrens gegen Marianne Hürten und andere stehen nicht im Einklang mit unserem Verständnis innergewerkschaftlicher Demokratie. Daß eine Verwaltungsstelle so weit gehen würde, die Weigerung, sich von einem persönlich nicht zu verantwortenden Artikel zu distanzieren, zum Anlaß für ein Ausschlußverfahren zu nehmen, überrascht uns doch.

Wir bitten den Hauptvorstand, den hier eingeschlagenen Weg nicht weiterzugehen und stattdessen das Verfahren gegen Marianne Hürten und andere Kollegen einzustellen und sie gegen die Unternehmerangriffe zu verteidigen — was im übrigen aus unserer Sicht Hauptaufgabe der Gewerkschaft ist.

Erziehungsgeld — Erziehungsurlaub

Vorsicht! Frauenfalle!

Fortsetzung von Seite 3

sache, daß nach dem Gesetzentwurf der Bonner Regierung das Erziehungsgeld nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden soll, alleinstehende Mütter beispielsweise also 600 DM Erziehungsgeld plus Sozialhilfe zur Verfügung haben. Wunderbar. Nur: warum spricht niemand davon, daß alleinstehende berufstätige Frauen bei uns zum Sozialfall werden, nur weil sie ein Kind bekommen und den ihnen zustehenden Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen? Haben wir uns das viel gegeißelte „Anspruchsdenken" schon so weit abgewöhnt, daß wir das normal finden?

Außerdem: die 600 DM Erziehungsgeld werden in den ersten sechs Monaten an alle gezahlt — vorausgesetzt, die betreffende Person steht für die Pflege und Erziehung des Kindes voll und ganz zur Verfügung bzw. arbeitet nicht mehr als 19 Stunden in der Woche. (Was **auch** bedeutet, daß die Ehefrau eines Millionärs, die Hausfrau ist, die 600 DM bekommt, die Ehefrau eines Arbeiters, die arbeitslos ist, aber nichts bekommt, weil sie als Arbeitslose ja dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen muß). Nach diesen sechs Monaten wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig. Maßgeblich ist das Familieneinkommen, wobei das Einkommen der Person, die den Erziehungsurlaub wahrnimmt, nicht mit berücksichtigt wird. (Es sei denn, diese Person arbeitet während der Dauer des Erziehungsurlaubs Teilzeit.) Die Bundesregierung geht in der Begründung für ihren Gesetzentwurf davon aus, daß in dieser Zeit 40 Prozent der Berechtigten (also noch nicht einmal die Hälfte!) das Erziehungsgeld voll weiterbekommen, weitere 40 Prozent ein gemindertes Erziehungsgeld bekommen (die untere Grenze ist 40 DM) und 20 Prozent gar nichts bekommen.

An dieser Stelle wird der Charakter des Erziehungsgeldes als Familienbeihilfe sehr deutlich. Und das ist entschieden zum Nachteil der Frauen, die es ja auch in Zukunft vor allem sein werden, die Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Denn maßgeblich dafür, ob eine berufstätige Mutter nach den ersten sechs Monaten noch Erziehungsgeld bekommt (bzw. wieviel sie bekommt), ist der — in der Regel höhere — Verdienst des Mannes! Das heißt: die Tatsache, daß das Erziehungsgeld nicht wie das Mutterschaftsgeld eine Lohnersatzfunktion hat, sondern eine Familienbeihilfe ist, bekommen die berufstätigen Frauen in der zweiten Phase, in der das Erziehungsgeld einkommensabhängig ist, in Mark und Pfennig zu spüren!

Neue Partnerschaft von Mann und Frau?

Heiner Geißler hat immer wieder erklärt, daß Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub die Entwicklung einer neuen Partnerschaft von Mann und Frau fördern sollen — insbesondere da, wo es um Kindererziehung einerseits und Berufstätigkeit andererseits geht. Das ist — angesichts des vorliegenden Gesetzentwurfs zum Bundeserziehungsgeldgesetz — gelinde gesagt ein schlechter Witz.

Natürlich, nach diesem Gesetzentwurf können erstmals auch Väter den Urlaub in Anspruch nehmen. Vater und Mutter können sich auch über eine Aufteilung dieses Urlaubs verständigen.

Aber: Welche Familie kann denn von dem Gehalt einer Verkäuferin plus 600 DM Erziehungsgeld leben? Welcher „Ernährer" wird denn das Arbeitsplatzrisiko eingehen, das mit dem Bundeserziehungsgesetz verbunden ist? Und welche junge Mutter wird das wollen? Umgekehrt wird doch ein Schuh daraus: weil es keine Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsurlaub gibt und weil das Erziehungsgeld keine Lohnersatzfunktion mehr hat, werden berufstätige Frauen in die Rolle der Hausfrau und Mutter gezwungen.

„Beruf ist für uns nicht nur außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Tätigkeit im Hause und für Kinder ist gleichwertig." — Sagte Bundeskanzler Kohl bereits in seiner Regierungserklärung am 4.5.1983. Und den Frauen, die das nicht glauben wollen, macht die Regierung Beine. Zum Beispiel mit dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Jawoll.

(Eine Kopie des Gesetzentwurfs mit Begründung ist beim RM gegen Einsendung von 3,70 DM in Briefmarken zu bekommen.)

Die Schließungspläne müssen vom Tisch"

In der letzten Woche beschloß der Vorstand des Hertie-Konzerns, daß die Kaufhäuser in Dortmund, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel geschlossen, das Kaufhaus in Lünen umstrukturiert werden soll. Das bedeutet die Vernichtung von 800 Arbeitsplätzen im östlichen Revier. Aber auch in anderen Regionen will der Vorstand weitere „Verlustquellen" beseitigen. Auf der mittel- und längerfristigen Abschußliste stehen 20 von insgesamt 75 Hertie-Kaufhäusern.

Die betroffenen Belegschaften haben in der letzten Zeit mit zahlreichen Aktionen gegen die Schließungspläne protestiert. Am Dienstag Abend letzter Woche fand eine gemeinsame Protestveranstaltung der Angestellten der betroffenen Kaufhäuser statt. Am Mittwoch morgen um 7.00 Uhr früh fuhren dann ca. 150 Verkäuferinnen, Verkäufer und Verwaltungsangestellte aus dem östlichen Revier mit Bussen nach Frankfurt. Dort fand an diesem Tag die Aufsichtsratssitzung statt, auf der über die Zukunft der Hertie-Kaufhäuser entschieden werden sollte. Im Foyer der Hauptverwaltung von Hertie in Frankfurt stellten die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen an die Herren aus dem Aufsichtsrat: Zurücknahme der Schließungspläne, Entwicklung eines anderen Sortiments für Hertie. Eine Kollegin aus Castrop-Rauxel übergab dem Aufsichtsrat 10000 Protestunterschriften, die dort in den letzten Tagen gesammelt worden waren. Eine Einladung der Herren zum bereits aufgebauten kalten Büfett wurde abgelehnt: „Wir lassen uns nicht abspeisen, wir wollen Arbeit."

Stattdessen zogen die Kolleginnen und Kollegen zum Frankfurter Hertie-Kaufhaus, demonstrierten durch das Kaufhaus und hielten in der Kantine eine kurze Kundgebung ab.

Bei Hertie in Wanne-Eickel begann an diesem Mittwoch eine Belegschaftsversammlung, die — immer wieder unterbrochen von kurzen Demonstrationen auf der Straße — bis Freitag letzter Woche andauerte.

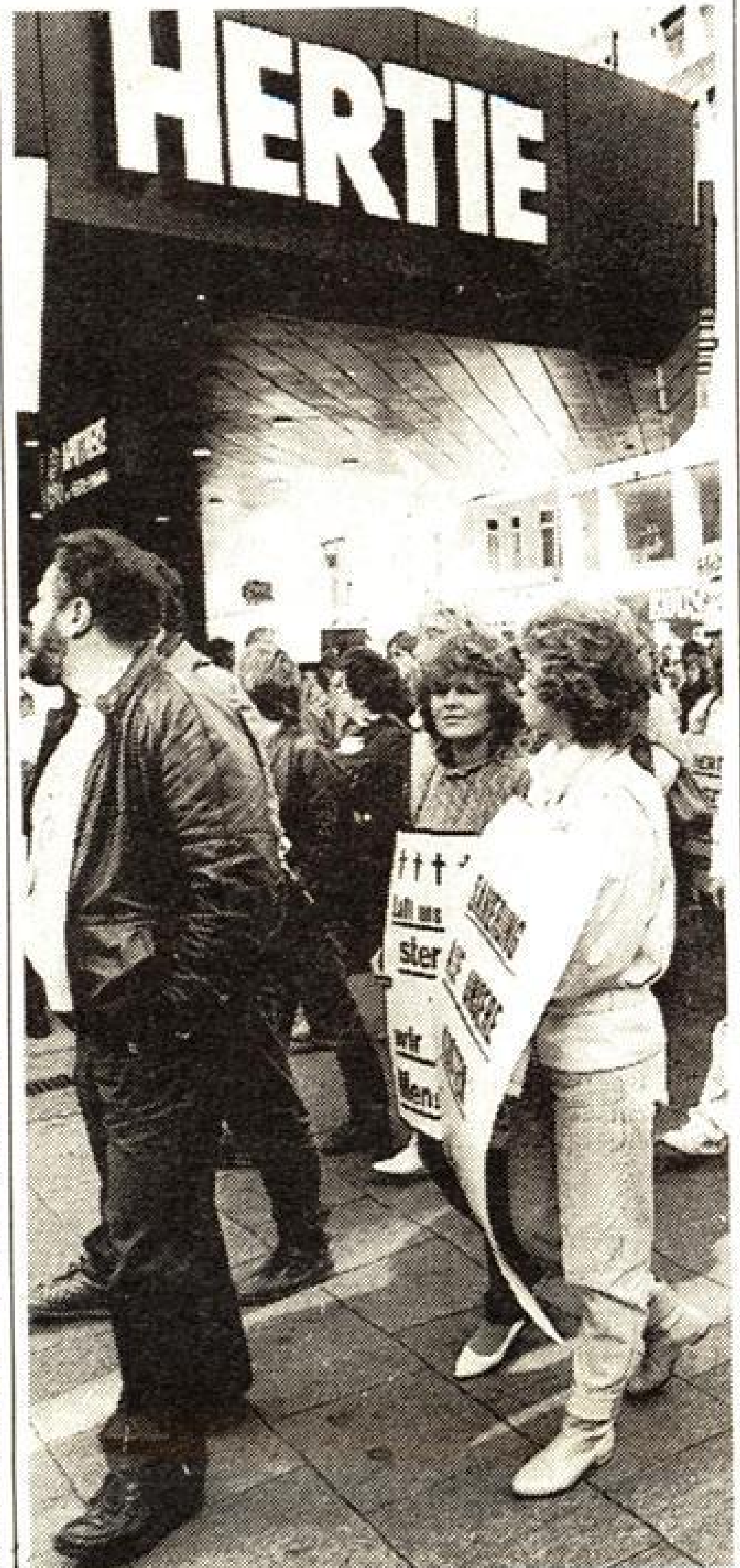
Anfang dieser Woche sollten in Castrop-Rauxel und in Dortmund erneut Belegschaftsversammlungen stattfinden. Gegen beide Belegschaftsversammlungen stattfinden. Gegen beide Belegschaftsversammlungen beantragte der Hertie-Vorstand einstweilige Verfügungen. Begründung: es gäbe keine neuen Erkenntnisse, die die Belegschaften interessieren könnten und deshalb bestehe auch keine Notwendigkeit für Belegschaftsversammlungen.

In Castrop-Rauxel fand die Belegschaftsversammlung dann faktisch doch statt.

In Dortmund kam es vor dem Arbeitsgericht zu einem Vergleich: die Versammlung durfte stattfinden, allerdings nicht, wie vom Betriebsrat gefordert, um 9.00 Uhr morgens, sondern erst um 16.00 Uhr und außerdem auch nur zu zwei Tagesordnungspunkten.

Vor dieser Belegschaftsversammlung in Dortmund am Dienstag dieser Woche fand eine Besprechung zwischen Betriebsrat und Vorstandsvertretern statt, die dazu aus Frankfurt gekommen waren. „Empfangen" wurden die Vorstandsvertreter von rund 30 Mitgliedern der HBV, ÖTV, IGM und DPG, die zur Unterstützung ihrer Kollegen an diesem Morgen mit Schildern und Fahnen zu Hertie gekommen waren.

Außerdem verteilten Dortmunder Frauengruppen ein Flugblatt und sammelten Unterschriften gegen die geplante Kaufhaus-Schließung. Der Kampf in der Hertie-Kaufhäusern wird weitergehen. Denn die Entlassung bei Hertie bedeutet für praktisch alle Betroffenen die Entlassung in die Arbeitslosigkeit. Und das wollen sie nicht hinnehmen.



Hertie-Angestellte aus dem östlichen Revier demonstrieren in Frankfurt

Bis 1990 2 Millionen Angestellte im DGB?

Vom 17.—19. Oktober fand in Osnabrück der 11. DGB-Bundes-Angestelltentag statt. Die 262 Delegiertinnen und Delegierten formulierten das Ziel, bis 1990 die Zahl der im DGB organisierten Angestellten um jährlich 60000 auf zwei Millionen zu erhöhen.

Von gegenwärtig ca. 10 Millionen Angestellten sind 1,7 Millionen zur Zeit im DGB organisiert. In Prozenten ausgedrückt: von den abhängig Beschäftigten sind 45 Prozent Angestellte, von den DGB-Mitgliedern aber nur 22 Prozent.

Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten im DGB entspricht der Beschäftigtenstruktur der 50er Jahre. Die gewerkschaftliche Organisierung hat mit dem Strukturwandel in den Belegschaften nicht Schritt gehalten.

Der Fortschritt vollzieht sich mühsam: von 1970 bis 1980 konnte die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Angestellten um 700000 gesteigert werden, was einer Steigerung des Organisationsgrades von 13 auf 17 Prozent entspricht. Derzeit liegt der Organisationsgrad bei 17,8 Prozent.

Über die Probleme gibt eine von der IGM in 160 Verwaltungsstellen bundesweit gestartete Aktion Auskunft. Ihr kurzfristiges Ziel: Erstmals seit 1981 soll der weitere Mitgliederverlust bei jungen Angestellten unter 26 Jahren gestoppt werden. Hintergrund: in den vergangenen vier Jahren hat die IGM rund 12600 junge Angestellte unter 26 Jahren mehr verloren, als sie im gleichen Zeitraum aufgenommen hat.

Die erheblichen Probleme in der gewerkschaftlichen Organisierung von Angestellten finden in den vorliegenden Untersuchungen zur Veränderung des Angestelltenbewußtseins eigentlich keine eindeutige Erklärung: ihnen zufolge hat sich die Einstellung unter den Angestellten zu den Gewerkschaften im allgemeinen oder auch zum Streik als Kampfmittel zur Wahrnehmung eigener Interessen weit positiver entwickelt als der gewerkschaftliche Organisationsgrad.

Eine auf dem Angestelltentag vielbemühte Infratest-Erhebung aus dem Jahre 1984 kommt gar zu dem Ergebnis, daß 855000 unorganisierte Angestellte sofort bereit wären, einer Gewerkschaft beizutreten, 3,1 Millionen vielleicht.

Das mag Siegfried Bleicher, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Angestellte zuständig, im Kopf gehabt haben, als er in Osnabrück erklärte: „Über acht Millionen unorganisierte Angestellte bilden den eigentlichen Mitgliederschatz der Gewerkschaften. Dieser Schatz muß geborgen werden."

Vor allzu saloppen und ein wenig euphorischen Vereinfachungen muß gewarnt werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß ca. 5 Millionen unorganisierte Arbeiter auch ein „Mitgliederschatz" sind — und zwar ein „eigentlicher". Die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit hängt künftig wesentlich davon ab, daß der Organisationsgrad der Angestellten gesteigert wird. Aber sie hängt noch mehr davon ab, daß der Organisationsgrad der Arbeiter gesteigert wird bzw. zumindest nicht fällt.

Der Hinweis ist nicht spitzfindig gemeint. Ob man das im Auge hat, hat nämlich Auswirkungen für die Frage, wie man an die gewerkschaftliche Aufgabe der verstärkten Organisierung von Angestellten herangeht.

Von manchen wird der steigende Angestelltenanteil als „Abschied von der Arbeiterklasse" im traditionellen Sinn gewertet, damit auch als Abschied von einer Auffassung der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse, vor allem der Arbeiterklasse in der großen Industrie.

Aus diesem Blickwinkel bedeutet verstärkte Konzentration der Mitgliederwerbung auf die Angestellten Abstellen der gewerkschaftlichen Überzeugungsarbeit auf Angestelltenbewußtsein, was etwa heißen kann: verstärktes Herausstellen des Dienstleistungscharakters der Gewerkschaften, Anknüpfen an eher berufsständische Interessen usw. In dieser Betrachtungsweise erscheint das Eintreten für eine klassenkämpferische Orientierung der Gewerkschaften dann als Hindernis für die Gewinnung der Angestellten, als „abschreckend".

Andererseits ist der Anstieg des Angestelltenanteils im Vergleich zum Arbeiteranteil untrennbar verbunden mit der Vernichtung der herkömmlichen Angestelltenprivilegien für den Großteil der Angestellten. Im Fachchinesisch: er geht einher mit starken Proletarisierungstendenzen breiter Angestelltenschichten.

Diese tatsächliche Angleichung der Interessenlage des Großteils der Angestellten an die Interessenlage der Arbeiter muß als Ausgangspunkt für das notwendige Bestreben zur gewerkschaftlichen Organisierung der Angestellten genommen werden. Anders gesagt: verstärkte Mitgliederwerbung unter den Angestellten muß bedeuten, einen Großteil der Angestellten davon zu über zeugen, daß Angestellte in der Regel nichts „Besseres" als Arbeiter sind, daß sie deshalb die Gewerkschaften als Klassenkampforganisation brauchen wie die Arbeiter.

Brauer für mehr Prozente



Wie hier bei der Kronen-Brauerei in Dortmund gingen in der vergangenen Woche die Warnstreikaktionen in der Brauindustrie weiter. In den 6 Dortmunder Brauereien beteiligten sich 1400 Kolleginnen und Kollegen der Frühschicht an zweistündigen Arbeitsniederlegungen. In einigen Betrieben legte auch die Spätschicht vorübergehend die Arbeit nieder.

Für NRW fordert die NGG 5,5 Prozent mehr Lohn. Der Lohn- und Gehaltstarifvertrag ist seit dem 31. August gekündigt. Nach drei Verhandlungsrunden erklärten die Unternehmer ganze 2,9 Prozent zum „letzten Angebot". Daraufhin erklärte die NGG die Verhandlungen für gescheitert. In dieser Woche beginnt die Schlichtungsrunde.

In Hamburg und Bremen sind in der Brauindustrie Tarifabschlüsse von 3,34 Prozent getätigt worden.

Spalter

„Durch diese unheilige Allianz hat Arthur Scargill die Ideale und Prinzipien der freien und demokratischen Bergarbeiterbewegung verraten. Er ist dafür zum Präsidenten einer kommunistisch dominierten Spalter-Internationale gewählt worden." So kommentierte Heinz-Werner Meyer, neuer IG Bergbau und Energie-Chef, die Bildung einer neuen internationalen Bergarbeiterorganisation, der nun die britische NUM, die stark von der KPF beeinflußte französische Bergarbeiter-Gewerkschaft, osteuropäische Verbände u. a. angehören. Tatsache ist, der stramm antikommunistische Kurs der IGBE hatte schon vor dem NUM-Streik zur faktischen Spaltung, nämlich zum Ausscheiden der NUM aus dem Internationalen Bergarbeiterverband geführt. Die faktische Streikbrecherrolle der IGBE und anderer „demokratischer" Gewerkschaften während des britischen Bergarbeiterstreiks haben die Spaltung vollendet. Es ist so, wie es immer war: die Streikbrecher sind die Spalter.

Ein Überblick

Rationalisierungsmaßnahmen in den Stahlkonzernen

Einer rationalisiert — alle „müssen" rationalisieren — jeder schiebt es auf den anderen. Dieses Spiel treiben derzeit die Herren in den Konzernetagen von Krupp, Klöckner, Hoesch, Thyssen, Arbed-Saarstahl und Peine-Salzgitter mit den Belegschaften in den noch verbliebenen Betrieben der Stahlindustrie.

Versucht man ein zusammenfassendes Bild zu zeichnen, bevor man auf die Einzelheiten eingeht, so sind drei Gesichtspunkte wichtig:

- In allen Konzernen befinden sich die in 1984 beschlossenen Umstrukturierungs- und Neuinvestitionsprogramme, die mit über 3 Milliarden DM aus unseren Steuergeldern bezuschußt wurden, in der Abschluß- und Einfahrphase. Damit verbunden, gehen nach wir vor jeden Monat Hunderte von Arbeitsplätzen verloren — ersatzlos.
- Eine ganze Reihe von Konzernen hat noch einmal „nachgekartet" — sprich weitere, zusätzliche Stillegungen bzw. weitgehende Einschränkungen von Anlagen angekündigt.
- In allen Konzernen tummeln sich zur Zeit oder tummelten sich bis vor kurzem Unternehmensberaterfirmen. Ob Hajek bei Thyssen, Mc Karney bei Hoesch, Mc Kenzie bei Krupp und Arbed Saarstahl, dort dann auch noch Roland Berger und Partner — alle haben in erster Linie zwei große „Untersuchungsbereiche": zum einen die sogenannten Gemeinkostenbereiche (Verwaltungen, Hilfs- und Nebenbetriebe außerhalb der Produktion) sowie nach dem Scheitern verschiedenster Fusionskonzepte, die erneute Suche nach noch weiter möglichen Stillegungen ganzer Werke bzw. Werksteile und Konzentration auf einige wenige höchst profitable Stahl- und Walzwerke.

Angekündigt sind darüber hinaus besondere Untersuchungen der Instandhaltungs- und Reparaturbereiche in den einzelnen Werken.

Dabei ist insgesamt deutlich, daß der verstärkte Einsatz von Fremdfirmen bzw. die Fremdvergabe von ehedem von hütteneigenen Leuten durchgeführten Arbeiten einen besonderen Stellenwert hat.

Dazu zählt dann auch der weitere Abbau von „überflüssigem Sozialklimbim" in den einzelnen Betrieben.

Hoesch Stahl AG

Nachdem bereits in den letzten Jahren weit über 10000 Arbeitsplätze im Stahlbereich vernichtet worden sind, werden Ende des Jahres 1985/Anfang 1986 die Contiglühe und die neue Stranggußanlage in Betrieb gehen.

Damit verbunden werden eine ganze Reihe „alter Anlagen", die durch die Neubauten nicht mehr benötigt werden, stillgelegt werden. Dadurch sollen nochmal über 1500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Besonders betroffen sind dabei die Standorte der Kaltwalzwerke Siegerland, die praktisch platt gemacht werden, um die neue Dortmunder Anlage voll auszulasten. Ersatzarbeitsplätze sind von Hoesch natürlich nicht geplant.

Hinzu kommt, daß seit Mitte September eine Unternehmensberatungsfirma (Mc Karney) zusammen mit Hoesch-eigenen Leuten — unter Führung des Arbeitsdirektors! — die sogenannten Gemeinkostenbereiche durchforstet. Insgesamt über 4500 Arbeitsplätze werden dabei unter die Lupe genommen — normales Ergebnis solcher Untersuchungen ist, daß um die 15 bis 20 Prozent der betroffenen Belegschaft danach überflüssig sind.

Gleichzeitig dient diese Untersuchung als Grundanalyse dafür, die Einführung neuer Technologien der Bürokommunikation vorzubereiten. So soll eine neue Hauptabteilung Elektronische Datenverarbeitung/Organisation geschaffen werden, die für die schnelle Einführung dieser auf digitaler Technik/ISDN basierenden Geräte und der dazu gehörenden neuen Organisationsformen verantwortlich sein wird.

Neben der Hoesch-Tochter mbp — software-Firma — soll eventuell auch die Hoesch Stahl AG in einen Modellversuch der Landesregierung im Rahmen des Pilot-Kabelprojekts Dortmund einbezogen werden. Neben der Stadtverwaltung und der Universität wäre Hoesch aufgrund des eigenen Telefonnetzes und der eigenen Datenverarbeitungsanlagen nach Ansicht der Landesregierung hervorragend geeignet, um die neue Technik der Endgeräte von Siemens, Sel, Telenorma, Philips und Nixdorf auszuprobieren. Damit würde in einem Großversuch erstmalig mehr oder minder flächendeckend festgestellt, welche Rationalisierungsvorteile im Verwaltungsbereich so möglich wären.

Neben diesen Maßnahmen ist seit über einem Jahr eine Umstrukturierung der Instandhaltungs- und Reparaturbetriebe im Gange, die unter der Zielvorgabe einer 20-Prozent-Einsparung steht — von ca. 3500 Beschäftigten in diesem Bereich.

Thyssen Stahl AG

Nach der Vorlage und weitgehenden Umsetzung des Konzepts „900" im Jahre 1984/85 hat Thyssen für das neue Geschäftsjahr ebenfalls noch einmal eine weitere Rationalisierungsoffensive gestartet.

Wie auch bei anderen Konzernen ist eine Unternehmensberatungsfirma für den überbetrieblichen Verwaltungsbereich angeheuert worden — die Firma Hajek, die schwerpunktmäßig ausgeht von Duisburg-Hamborn. Hintergrund dafür ist, daß dort die Verwaltung der bisher selbständigen Tochter Thyssen-Edelstahl (mit den Werken Krefeld und Witten) eingegliedert werden soll.

Zielvorgabe der Untersuchung ist es, 15 Prozent der Arbeitsplätze im überbetrieblichen Bereich „einzusparen".

Daneben sind weitere Einschnitte im Schmiedebereich angekündigt, die bisher nicht im einzelnen bekannt geworden sind.

Einschränkungen an der bisherigen Fahrweise der Elektrostahlwerke in Oberhausen und Witten sind vorgesehen, sowie die Stillegung einer Feinstahlstraße in Oberhausen.

Im Bereich Hattingen fürchtet man, daß es eine weitere Einschränkung der Flüssigphase gibt, bis hin zu einer Stillegung der Hochöfen/Stahlwerke bis 1987.

Das vorliegende Konzept, das bis zum 30.9.1986 durchgezogen werden soll, beinhaltet offiziell die Vernichtung von 2800 Arbeitsplätzen.

Nachdem in den letzten Jahren schon über 20000 Arbeitsplätze im Bereich Stahl und Edelstahl vernichtet wurden, wird mit diesem neuen Konzept, wenn es gegen Belegschaften und Betriebsräte durchgesetzt wird, die Gesamtbelegschaft auf unter 50000 Beschäftigte sinken, die Arbeitslosenquote in Duisburg, Krefeld, Witten und Hattingen erneut kräftig steigen.

Während in der Öffentlichkeit von 800 bis 900 wegfallenden Plätzen vom Thyssen-Vorstand geredet wird, sind die tatsächlichen Auswirkungen allerdings, wie geschildert, viel größer.

Krupp Stahl AG

Gleich zwei Unternehmensberaterfirmen haben die Herrn des Krupp-Vorstandes beauftragt — einmal die Firma Dr. Resch, zum anderen die berüchtigten Mc-Kinsey-Leute —, die allein für einen Monat „Arbeit" mehr als eine halbe Million Mark kassierten.

Dementsprechend sieht auch das Ergebnis aus.

Auch hier findet wieder eine Spielerei mit falschen Zahlen in der Öffentlichkeit statt, der Gödde und die anderen Herren des Vorstandes etwas von 2000 wegfallenden Arbeitsplätzen erzählen — und zwar:

Duisburg-Rheinhausen:	580
Bochum	300
Siegerland:	940
Düsseldorf:	100
Hohenlimburg:	100

Dabei wird bei den genannten Zahlen allerdings von den noch zu erreichenden „Zielbelegschaften" der schon in der Vergangenheit beschlossenen Konzepte ausgegangen, die aber noch gar nicht erreicht sind. So sind in Rheinhausen derzeit noch über 6700 Menschen beschäftigt gegenüber der „Zielbelegschaft" von 6200, von denen erneut 580 wegfallen sollen.

Die Belegschaft der Firma Wuppermann, die im Verlauf des Jahres 85/86 ganz geschlossen werden soll, haben die Krupp-Bosse schon gar nicht mehr aufgeführt.

So ist es sicher richtig, wie es auch der Betriebsrat tut, beim „Strukturkonzept 1985—87" von mindestens 3500 Arbeitsplätzen, die auf der Abschußliste stehen, auszugehen.

Wichtig dabei ist, daß die bisher im Konzept vorliegenden Maßnahmen, die auf einer Aufsichtsratssitzung am 12.12.85 beschlossen werden sollen, nur die Schlußfolgerung zu drei aus der Palette von insgesamt 10!! zu untersuchenden Bereichen darstellen. Insbesondere folgende Bereiche werden noch weiter bearbeitet: **„7. Optimierung der Logistikfunktionen:** Hierfür soll in 1986 unter der Mitarbeit von McKinsey eine Maßnahmeplanung entwickelt werden... **9. I + R -Konzept:** Die Erarbeitung eines I + R-Konzepts wird ggf. durch einen weiteren Berater (Spezialist für I + R) erfolgen..." (Konzept S. 2)



Im Gegensatz zu Thyssen hat sich in den letzten Wochen bereits ein breiter Protest gegen diese Maßnahmen, besonders im Siegerland, entwickelt.

Schwerpunkt der Arbeitsplatzvernichtung ist, wie bei Hoesch, das Siegerland, das so binnen kurzem auf die gleich hohen, über 15 Prozent liegenden Arbeitslosenzahlen kommen wird, wie sie seit Jahren in den Kernstädten des Reviers herrschen.

Klöckner Werke AG

Nach der gescheiterten Fusion mit Krupp hat man auch in den Klöckner-Chefetagen neue Pläne.

Da ist zum einen die Untersuchung durch Unternehmensberaterfirmen.

In der Hauptverwaltung in Duisburg und in Georgsmarienhütte wütet die Firma McKinsey, auf der Maxhütte treibt sich Roland Berger und Partner rum.

Nach diesen „Untersuchungen" soll dann die Bremer Hütte an der Reihe sein — mit dem erklärten Ziel, auf die Zahl von 5150 Leute runterzukommen.

Insgesamt sollen diese Maßnahmen, die bei der Fusion mit Krupp geplanten 125 Millionen DM Einsparung bringen.

In dieses Konzept gehört auch der Deal mit der Maxhütte.

Klöckner hatte vor einiger Zeit die Maxhütte verkauft — an eine eigene Gesellschaft, an der Klöckner selber nur noch 49 Prozent Anteil hat. Dadurch erhielt man eine eigene Quote für die Maxhütte.

Jetzt sollte Ende September der Aufsichtsrat beschließen, daß die Maxhütte geschlossen wird. In der Information der IGM wird der Vorgang so geschildert:

„Nach heftigen Diskussionen vertagte sich der Aufsichtsrat vom 20. auf den 27. September. Am Ende dieser Sitzung, in der die Vertreter der Arbeitnehmerseite erneut leidenschaftlich gegen die geplante Stillegung und für andere Lösungen eingetreten sind, ergab die Abstimmung mit 7:7 Stimmengleichheit. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hatte darum gebeten, seine Stimme erst am Montag, dem 30. September, abgeben zu können.

Diese, den Ausschlag gebende Stimme, wurde dann gegen den Antrag des Vorstandes auf Stillegung und Verkauf des Kaltwalzwerkes abgegeben. Damit war dieser Antrag abgelehnt!

MH-Vorstand stellt Antrag an Gesellschafter!

Unmittelbar darauf, noch am späten Abend des 30. September, beschloß der Vorstand der Maxhütte *mit Mehrheit*, diesen im Aufsichtsrat gescheiterten Antrag dem Hauptgesellschafter, der Klöckner-Werke AG, zur Entscheidung vorzulegen.

Die Gesellschafter haben diesem Antrag sofort zugestimmt."

Gegen die damit aktienrechtlich — trotz Montanmitbestimmung — rechtskräftig zustandegekommene Entscheidung haben die betroffenen Belegschaften der Maxhütte und die Bewohner der Region bereits zwei große Demonstrationen durchgeführt.

Der Betriebsrat von Klöckner in Bremen hat ebenfalls seine Solidarität erklärt. Gleichzeitig versucht der Vorstand natürlich in Bremen Stimmung für die Schließung der Maxhütte zu machen, da dadurch deren Anlagen angeblich besser ausgelastet würden.

Arbed-Saarstahl

Hier tummeln sich in den vergangenen Monaten erneut zwei „Beratungsfirmen" — McKinsey und Roland Berger. Ihre „neuen" Konzepte beinhalten, wie nicht anders zu erwarten, wiederum massiven Personalabbau, der sich — je nach Gutachten — zwischen 800 und 2000 Beschäftigten bewegt.

Dabei geht es hier zusätzlich darum, daß die Belegschaft, die bereits vor zwei Jahren gezwungen wurde, auf das tariflich zustehende „Weihnachtsgeld" zu verzichten bzw. dieses zu stunden, dies erneut nicht gezahlt bekommen soll. Außerdem plant man mindestens eine Walzstraßen zu schließen und die schweren Profile ganz abzugeben, einen Bereich, in dem man bisher immerhin gute Profite gemacht hat.

Daneben soll der mit der IGM und dem DGB vor Jahren vereinbarte grundsätzliche Kündigungsschutz aufgehoben werden. Die bestehenden Sozialpläne sind samt und sonders aufgekündigt worden.

Die von Lafontaine während des Wahlkampfs angekündigte Bereitschaft, Arbed zu verstaatlichen, ist bisher keinen Schritt vorangekommen. Allerdings hat es die saarländische SPD in dieser Frage auch recht einfach, da z.Z. zumindest keine Massenmobilisierung an dieser Forderung von Seiten der IGM, deren Programmatik dies eigentlich nach dem letzten Gewerkschaftstag entspricht, betrieben wird.

Taktik der Betriebsräte und der IGM ist es, weitgehend auf die „bewährten Verhandlungen" und auf die SPD-Landesregierung zu vertrauen. Dies wird sich sicherlich, wie die Erfahrungen der Vergangenheit schon nahelegen, negativ für die Beschäftigten auswirken.

Peine-Salzgitter

Wie derzeit in vielen Bereichen der Stahlindustrie finden wir auch hier gleichzeitig massives Überstundenverfahren und weiteren Belegschaftsabbau. Zur Zeit sollen erneut einige 100 Kolleginnen und Kollegen von Peine nach Salzgitter versetzt werden. Im einzelnen 113 Angestellte, 193 Arbeiter, dazu über 60 Versetzungen nach Ilsede.

Vom Betriebsrat in Peine war angekündigt worden, daß nach dem Blockurlaub in Peine keine weiteren Überstunden mehr vom Betriebsrat genehmigt würden. Davon ist derzeit noch nichts zu sehen. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß die enge Personaldecke durch die geplanten Versetzungen noch enger wird, noch mehr Überstunden „nötig" werden usw.

Zum Skandal-Urteil im Karacayli-Prozeß

Wie bereits berichtet (RM 42/85), wurde am 4. 10. 1985 vor dem Landgericht Konstanz der Polizist, der am 27. 12. 84 den türkischen Arbeiter Cevat Karacayli erdrosselt hatte, zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung, sein Kollege, der dem Türken den Arm auf den Rücken verdreht hatte, zu 4500 DM Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte in dem Verhalten der Beamten einen „minderschweren Fall von Körperverletzung mit Todesfolge" erkannt.

Es gehört heute schon beinahe zum „guten Ton" in dieser Republik, wenn ein Gericht eine Polizeibeamten, der im Eifer der Verfolgung einen Menschen — sei es nun ein Bankräuber oder irrtümlicherweise dessen Geisel — über den Haufen schießt, entweder freispricht oder aber so milde bestraft, daß er weiterhin im Dienste bleiben kann. Das zu schützende Eigentum einer Bank rechtfertigt eben zur Not die Vernichtung eines Menschenlebens.

Nicht ganz so privilegiert wie seine drei Alsdorfer Kollegen ist allerdings jener Polizeihauptwachtmeister Frank Gießler aus Villingen, der Ende letzten Jahres den Türken Cevat Karacayli in dessen Wohnung und im Beisein seiner Frau und seiner Kinder erwürgt hat. Da das Schwurgericht Konstanz unter Vorsitz von Richter Eckert davon ausgehen durfte, daß dieser Beamte, der bis zu seinem Prozeß noch Dienst tat, künftig nicht mehr im Dienst bleiben werde, konnte es diese Erwartung zur Begründung seines milden Urteils heranziehen. Schließlich will man ja einem künftigen Bewerber um einen Arbeitsplatz in der „freien Wirtschaft" nicht von vornherein mögliche Chancen verderben.

In seiner Urteilsbegründung dozierte der Richter: „Es hat sich wieder einmal die Erkenntnis bestätigt, daß des Menschen Charakter sein Schicksal sei."

Er meinte damit, daß der Angeklagte, ansonsten ein durchaus bewährter Beamter (wie seine Vorgesetzten bereitwillig dem Gericht bekundet hatten), straffällig geworden sei, weil er gelegentlich ein „Hitzkopf" sein könne, der auch mal „durchdreht". „Verspätete Rache" als mögliches Motiv für eine Ohrfeige, die der Polizist zuvor von dem Erwürgten erhalten haben will, schloß Richter Eckert angesichts des werbewirksam lässigen Auftretens des Angeklagten vor Gericht ausdrücklich aus. Künftige Auftraggeber, die einen tüchtigen Mann zum Schutz ihres Privatbesitzes benötigen, können also beruhigt sein.

Die Aussage der Witwe, wonach Frank G. gedroht hatte, Karacayli werde „das" (gemeint: das Herumfuchteln vor seinem Gesicht bei dem Versuch einer Festnahme) später in der Zelle „zurückbekommen", ließ Richter Eckert wohlweislich unter den Tisch fallen. (Von dem vertraulichen Du — „Das bekommst **Du** zurück!" —, das im Munde von Polizisten oftmals wie „du Schwein" klingt, ganz zu schweigen.)

Seine Verhandlungsführung war auf den „Charakter des Menschen" ausgerichtet. Dieser „Charakter des Menschen" war im vorliegenden Falle allerdings zum „Schicksal" eines anderen Menschen geworden. Oder doch nicht? Sollte vielleicht gar dessen eigener Charakter daran schuld sein? Der Argumentation des Richters zufolge könnte man diesen Schluß ziehen. Getreu der bewährten Devise (wenn ein Polizeibeamter sich zu verantworten hat): „Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld", galt seine liebevolle Aufmerksamkeit ganz dem Charakter des Opfers.



Im Würgegriff der Polizei — hier bei einer Demonstration

Schließlich hatte Karacayli ja während einer vorangegangenen Auseinandersetzung um einen nachzufordernden Geldbetrag in Höhe von 50 DM einem Postbeamten eine gelangt und dessen Personalausweis einbehalten. So die Aussage des Postbeamten vor Gericht. Es war übrigens die einzige Aussage dieses Zeugen, die dem Gericht brauchbar erschien, hatte er doch noch monatelang unter dem seelischen Schock dieser Ohrfeige gestanden! Von einem anderen Schock, den dieser Beamte bekommen haben mochte, als er erfuhr, was er mit seiner telefonischen Anzeige damals angerichtet hatte, war selbstredend keine Rede! Die Schock-Theorie diente ja auch dazu, Karacayli als gewalttätig in Erscheinung treten zu lassen und zum anderen eine plausible Erklärung für die im übrigen sehr widersprüchlichen Angaben dieses Zeugen und die erhebliche Trübung seines Erinnerungsvermögens vor Gericht geben zu können. Das Gericht kam folglich auch nicht einmal auf den Gedanken, nachzuprüfen, ob dieser Postbote — der ja nach Beendigung seines Dienstes, also privat, in der Wohnung Karacayli war — möglicherweise einer Aufforderung, diese zu verlassen, nicht nachgekommen war und sich somit eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben könnte. Es ging ja darum, dem Opfer des Polizei-Zugriffs was am Zeug zu flicken. Schließlich war der Erdrosselte ja auch, als die von dem Postbeamten zum Ort der vorherigen Auseinandersetzung — eben zur Wohnung Karacayli Auf dem Kopsbühl — gewiesenen Polizisten dort eintrafen, alkoholisiert. (Eine später an der Leiche vorgenommene Blutprobe ergab 2,3 Promille.) Und das darf man halt nicht sein, wenn man es mit der Polizei zu tun bekommt, und sei es in der eigenen Wohnung. Karacayli hatte zwar bereitwillig den Personalausweis des Postbeamten abgegeben (wie er konkret in seinen Besitz gelangt war, blieb dem Gericht schleierhaft), sich aber geweigert, auch seinen eigenen Ausweis den Beamten zu geben. Folglich wollten ihn diese mitnehmen.

Offenbar müssen seine Bewegungen bei dem Versuch eines Zugriffs auf seine Person etwas unkontrolliert gewesen sein. Für die Beamten jedenfalls war das ein tätlicher Angriff, der sie berechtigte, in Notwehr zu handeln. Im vorliegenden Fall allerdings nahm das Gericht den Angeklagten und ihren Anwälten diese Version nicht so ganz ab. Es gab immerhin (außer der Frau Karacayli) noch einen Zeugen, der es anders gesehen hatte (ein deutscher Nachbar). Seiner Aussage zufolge war Karacayli von hinten ergriffen worden, als er sich abwandte und von einem Zimmer ins andere (wo seine Frau eines der Kinder beruhigte) wechseln wollte. Während der Polizist Dieter R. ihm den Arm auf den Rücken drehte, so daß er allmählich zu Boden gedrückt wurde, nahm sein Kollege Frank G. ihn in den „Schwitzkasten" und drückte seinen Hals so lange zu, bis Karacayli erstickt war. (Das Gericht ging von mindestens sechs Minuten dabei aus.) Er ließ von diesem Würgegriff auch nicht ab, als Frau Karacayli auf die Blauverfärbung der Hände seines Opfers hinwies und warnte, er könne ihn umbringen. Laut Richter Eckert bestand keine Notwendigkeit, den Ernst dieser Warnung zu erkennen. Die Beamten hätten ja nicht wissen können, was für eine Hautfarbe ihr Opfer normalerweise habe! Auch den von hinten erfolgten Zugriff hielt das Gericht für gerechtfertigt. Richter Eckert sprach von einem „neupolizeilichen Zugriff, der aus seiner Vorstellung heraus richtig begriffen wurde" (Badische Zeitung vom 5./6. Okt. 1985). (Angeblich handelte es sich bei dem Würgegriff in Kombination mit dem Armverdrehen ja nicht um einen Polizeigriff, wie der Angeklagte selbst bekundete, was von seinen Vorgesetzten bestätigt wurde. Er brauchte ihn daher auch nicht richtig „gelernt" zu haben.) Es bestand ja die Gefahr, daß Karacayli sich dem Zugriff der Polizei entzöge, indem er aus seiner ebenerdigen Wohnung geflohen wäre. Vielleicht durch einen Sprung aus dem Fenster? Mit 2,3 Promille Alkohol im Blut? Mitten in den Schnee hinein? (Es herrschte damals eine Außentemperatur von ca. —20 Grad C.)

Eine Begründung für die sofortige Festnahme hatte Richter Eckert auch in rechtsschöpferischer Weise (da ihm das Argument der Personalienfeststellung doch wohl zu windig erschien) auch parat: Man hätte schließlich eine Blutprobe machen und ihn daher mitnehmen müssen. Daß ein derartiger Grund dem Festzunehmenden zumindest hätte mitgeteilt werden müssen (wenn man schon sonst keinen Haftbefehl zur Stelle hatte), interessierte das Gericht nicht weiter. Es ging ja darum, dem Jagdhund-Instinkt der Polizisten als milderndem Umstand Geltung zu verschaffen.

Und so „hat sich wieder einmal die Erkenntnis bestätigt, daß des Menschen Charakter sein Schicksal sei."

Einen Haken hatte allerdings die Sache. Das Opfer war türkischer Staatsangehöriger, und zum Prozeß war auch ein konsularischer Vertreter des NATO-Partners Türkei erschienen (Salih Gör vom türkischen Konsulat in Karlsruhe). Und einer der Nebenkläger (der Vater des Erdrosselten, vertreten durch den Villinger Anwalt Willi Koch) war ebenfalls türkischer Staatsangehöriger. Und da mußte nach Ankara etwas Positives über die bundesdeutsche Justiz zu vermelden sein. (Salih Gör war übrigens der einzige Türke, den Rechtsanwalt Joachim Bayer, Vertreter der Witwe, bei der mehrtägigen Verhandlung unter den Zuhörern hat ausmachen können.)

Das Gericht klammerte den möglichen Aspekt der Ausländerfeindlichkeit bei der Polizei von vornherein aus. Fragen zu der von dem Hauptangeklagten seinerzeit nach Bezeugung der Witwe gemachten Äußerung, daß „wir" (d.h. die Polizei) „auch keine Türken mögen", wurden nicht zugelassen. So etwas galt dem Gericht als Frage nach einer politischen Überzeugung, die nicht zur Sache gehöre. So einfach geht das! Um dennoch keinen Schatten in dieser Hinsicht auf die über allen Zweifeln erhabene Institution Polizei fallen zu lassen, muß dieser ausdrücklich belobigte Beamte den Dienst quittieren. Beamtenrechtlich reicht dafür ein Jahr Gefängnis aus.

Doch damit ist die Sache nicht beendet. Diesen Kompromiß hielten alle Parteien offensichtlich für faul. Sie legten Revision ein. Der Verteidiger des Hauptangeklagten, weil dieser mit dem ihm zugewiesenen „Schicksal" (Dienstentlassung) nicht einverstanden ist. Die Vertreter der Nebenkläger, weil sie das niedrige Strafmaß als Hohn ansehen. Und schließlich auch der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt Ambs, sozusagen vorsichtshalber. Zunächst war er mit dem Urteil zufrieden gewesen.

Anwalt Baier aus St. Georgen (der die Interessen der deutschen Witwe und ihrer Kinder vertritt) sieht (in einem Gespräch mit mir) die Strafe als grotesk an, wenn er sie vergleicht mit der, die in der Sache der Springer-Enkel-Entführung verhängt wurde. Statt bloß Körperverletzung mit Todesfolge im Amt will er dem Hauptangeklagten Totschlag vorgeworfen sehen. Ich pflichte ihm bei und möchte hier auf ein weiteres Urteil (stellvertretend für viele) hinweisen, das dieses Jahr vom Schwurgericht Rottweil gegen den Schiltacher Baggerführer Gerhard Wöhrle, Vater von drei Kindern, gefällt wurde. Diese wurde zu zehn Jahren Gefängnis wegen Totschlags verurteilt, weil er nach einer Feier im Vollrausch eine Frau, die ihn in ehrverletzender Weise beschimpft hatte, erschlagen hat. Obgleich ansonsten ein „ordentlicher Mann", sollte an ihm ein „abschreckendes Beispiel" vorexerziert werden, damit ein jeder sehe, wohin einen der Suff treiben kann. Hier also wirkte sich das „Durchdrehen" in einem Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit als strafverschärfend aus, zumal der Täter einige Jahre zuvor einmal einen Mann verdroschen hatte, der sich an seiner minderjährigen Tochter sexuell vergangen hatte. Aber er war halt kein Polizeibeamter, sondern eben nur ein „ordentlicher Mann", und einem solchen ist Selbstjustiz untersagt.

Man darf gespannt sein, was im Fall Karacayli nun die höhere Instanz (der Bundesgerichtshof) für Recht befinden wird.

kadi

Nachbemerkung:
Immerhin kommt nun für den Lebensunterhalt der deutschen Witwe und ihrer Kinder die Staatskasse auf. Wie die Sache bei der in der Türkei verbliebenen ersten Frau Karacayli und ihren Kindern aussieht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Im kommenden Frühjahr wollen die im „Beilagenkreis" zusammenarbeitenden revolutionären Sozialisten eine Rundreise des PAC-Vorsitzenden Johnson Mlambo in der Bundesrepublik organisieren. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltungsreihe drucken wir ein Interview mit Genossen Mlambo ab.

Interview mit Johnson Mlambo vom PAC

Vorbemerkung. Am 30. Juni 1985 starb der Vorsitzende des Pan Africanist Congress, Nyati Pokela, in Harare an einer Lungenerkrankung. Sein Nachfolger wurde Johnson Mlambo. Genosse Mlambo war von 1963 bis 1983 wegen „Verschwörung zur Sabotage" auf der berüchtigten Gefangeneninsel Robbenisland inhaftiert. Nach seiner Freilassung durfte er nicht in sein Haus in Benoni bei Johannesburg zurückkehren, sondern wurde nach Bushbridge verbannt, einem abgelegenen Ort im östlichen Transvaal. 1984 gelang ihm mit Hilfe des inländischen Flügels des PAC, ins Ausland zu entkommen. Dort wurde er zunächst Auslandssekretär des PAC.

Das folgende Interview ist übersetzt aus „Azania Vrij", der Zeitung des Azania-Komitees in Rotterdam. „Azania Vrij" hat das Interview zusammengestellt aus zwei Interviews des neuen PAC-Vorsitzenden Mlambo mit der australischen Zeitung „New African News" vom 22.5.85 und der tansanischen Zeitung „Sunday News" vom 1.9.85.



1978 starb Robert Sobukwe, ehemaliger Vorsitzender des verbotenen PAC. Er war gebannt seit den 60er Jahren, aber nicht vergessen. Der Trauerzug zur Begräbnisstätte wird von Buthelezi-Anhängern provoziert.

Die heutige Situation in Azania

Frage: Wie beurteilen Sie die heutige Situation in Azania?

Mlambo: Das erste notwendige Stadium beim vollständigen Sturz der weißen Herrschaft ist erreicht — die Befreiung der Afrikaner vom Minderwertigkeitskomplex, der eine Folge von 300 Jahren weißer Herrschaft ist.

1960 gab es eine Flucht von Schwarzen genau wie 1963 nach der Massenverhaftung unserer Führer und wie 1976. Seit August/September vorigen Jahres sind mehr als 400 Menschen durch die rassistischen Truppen und der Polizei ermordet worden, aber diesmal gibt es keine Massenflucht. Das zeigt, daß die Menschen mehr und mehr dem folgen, was wir immer gesagt haben: Die Menschen in Azania sind ihre eigenen Befreier. Menschen aus allen Teilen unserer Bevölkerung sind bereit, Aktionen durchzuführen: die Jugend, die Arbeiter, die Bewohner, die sich weigern, ihre Miete zu zahlen, und solche, die sich weigern, ihr Haus zu verlassen und ins „Ausland" zu gehen. Aber Sie sehen, daß es noch eine Beschränkung gibt: Unser Volk ist nicht bewaffnet.

Für uns ist der bewaffnete Kampf die wichtigste Kampfform. Andere Formen ergänzen den bewaffneten Kampf. Wir haben keinerlei Illusionen: Die weiße Herrschaft wurde durch das Schwert errichtet und wird durch das Schwert aufrechterhalten. Bewaffneter Kampf ist denn auch die einzige Möglichkeit, die man hat, um den Fortschritt an allen anderen Fronten zu ergänzen und zu konsolidieren.

Von hier aus gesehen und nach Beratung mit den Menschen innerhalb des Landes sind wir der Auffassung, daß die 80er Jahre die Jahre der azanischen Revolution sind. Das Volk hat die Mitwirkung der sogenannten Mischlinge und Asiaten im Drei-Kammer-Parlament massenhaft als Fortsetzung der Apartheid zurückgewiesen. Die heutige Entwicklung zeigt, daß die Rassisten nicht imstande sind, ihre Probleme zu lösen, indem sie unabhängigen afrikanischen Staaten ungleiche Verträge aufzwingen. Ihre Probleme liegen im Inneren.

Frage: Verteidigungsminister Malan erklärte vor einigen Jahren, daß das Regime keinen Zweifrontenkrieg (in Namibia und Azania) durchstehen kann.

Mlambo: Das ist wahr. Das Regime steht jetzt unter ziemlichem Druck, weil es Truppen halten muß einerseits in Namibia und selbst Angola, andererseits nun auch fortwährend in den schwarzen Wohngebieten. Aber ich will nicht übertreiben. Zur Zeit befinden sich der PAC und sein militärischer Flügel in einer Phase des Aufbaus. Wir sind immer noch in der Defensive. Wegen einer Anzahl von Problemen sind wir nicht in der Lage gewesen, unser Volk vollständig zu bewaffnen und zur Offensive überzugehen. Es muß deshalb seine Zuflucht immer noch zu selbstgemachten Waffen nehmen.

Den bewaffneten Kampf verstärken

Frage: Wie kann der PAC den bewaffneten Kampf verstärken?

Mlambo: Zunächst ist der PAC eine Organisation, dessen Mitglieder sich zum größten Teil im Lande befinden. Wir sind hier die ausländische Mission unserer Menschen im Land. Es ist unsere Pflicht, die Kenntnisse und das Material zu beschaffen, um die Kampffähigkeit unserer Menschen zu Hause zu vergrößern.

Einheit

Frage: Wie sind die Aussichten für eine größere Einheit der Befreiungsbewegungen in Azania?

Mlambo: Die Aussichten auf Einheit scheinen gegenwärtig wieder schlecht aufgrund der Zusammenstöße zwischen den beiden Strömungen: den Afrikanisten und der Schwarzen-Bewußtseins-Bewegung und den progressiven Demokraten der Vereinigten Demokratischen Front andererseits. Diese Zusammenstöße kommen doch sehr ungelegen. Noch im vorigen Jahr haben UDF und AZAPO erfolgreich zusammengearbeitet in den Aktionen gegen die Scheinwahlen. Natürlich kann man verschieden über die Frage denken, was das Unterdrückerregime der Apartheid zu vernichten ist ... Das Regime nutzt es jedoch aus, daß sich die Menschen dabei zuweilen angreifen. Der Feind übertreibt die Differenzen und spielt das gegenseitige Mißtrauen aus. Manchmal werden UDF-Häuser überfallen und werden dort Flugblätter von BCM (Black Consciousness Movement — Übers.) zurückgelassen, und andersrum. Das alles macht deutlich, daß Einheit geboten ist.

Um das Ziel der verschiedenen Programme der Organisationen zu erreichen, ist Einheit nötig. Für den PAC ist es gegenwärtig das Wichtigste, die Kampffähigkeit unseres Volkes zu steigern. Dabei mag es nötig sein, daß wir Schwankenden die richtige Richtung weisen und sie zurückorientieren auf den wirklichen Feind, das weiße Regime. In den schwarzen Wohngebieten herrscht die Trauer und findet ein Begräbnis nach dem anderen statt. Es wird Zeit, daß es auch in den weißen Gebieten zu Begräbnissen kommt.

PAC und ANC

Frage: PAC und ANC sind nach wie vor uneinig. Gibt es Versuche, die Einheit zwischen den beiden Befreiungsbewegungen herzustellen?

Mlambo: Unser wesentlicher Widerspruch besteht zum rassistischen Minderheitsregime. Wir haben keinen einzigen grundlegenden Widerspruch zu welchem Teil des unterdrückten Volkes auch immer. Wir sind bereit, eine vereinigte Front zu bilden mit allen anderen Organisationen, die Stellung beziehen gegen das kolonialistische, rassistische Minderheitsregime in Südafrika. Zugleich leben wir nicht in der Illusion, daß so etwas auf einmal erreicht werden könnte. Einige Probleme, mit denen wir zu tun haben, sind nicht durch uns selbst verursacht. Einige Gruppen im Ausland haben auch ihre eigenen Interessen. Sie unterstützen unseren Kampf, aber sie sind auch der Meinung, daß wir gefügiger sein müssen. Aber wir wollen unsere Politik der Nicht-Gebundenheit beibehalten. Wir wollen unsere Politik nicht darauf abstimmen auf die Wünsche dieser oder jener von außerhalb Azanias.

Wir brauchen prinzipielle internationale Hilfe. Was wir in Azania tun — uns selbst befreien —, ist ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit. Diejenigen, denen nicht gedient ist mit unserer Haltung, überschreiten ihre Befugnisse und fördern Sektierertum. Das geschieht in Solidaritätsgruppen und selbst in internationalen Organisationen. Das Regime selbst geht dabei voran, indem man versuchte, die internationale Anerkennung des PAC zu unterminieren. Einer der Spitzenkader des Regimes, Craig Williamson, gelang es, den Internationalen Universitäts-Austausch-Fonds zu infiltrieren. Er bemühte sich dort um die Rücknahme der Anerkennung des PAC als Befreiungsbewegung. Jetzt ist Williamson ein Spitzen-Funktionär im Sicherheitsdienst.

Wir vom PAC wollen Einheit. Als wir auf Robbenisland der Errichtung von Umkhonto we Siswe (des bewaffneten Flügels des ANC) gedachten, geschah dies in einer gemeinsamen Zusammenkunft. Der ANC lud uns und andere Befreiungsorganisationen ein. Zeph Mothopeng (PAC — d. Übers.) Sprach in allgemeinen Worten über Umkhonto und wies darauf hin, daß Umkhonto allein kämpfen und dann nach langer Zeit das rassistische Regime stürzen könne. Die azanische Volksbefreiungsarmee APLA (bewaffneter Flügel des PAC) mag allein kämpfen und dasselbe erreichen. Aber er betonte, daß mit vereinter Kraft die Befreiung leichter und schneller erreicht werden kann.

Nationaler Konvent

Positive Entwicklungen beim ANC begrüßen wir immer. Wir waren zum Beispiel sehr froh über die kürzliche Erklärung von Frau Winnie Mandela, in der sie vertrat, daß die Zeit, mittels eines nationalen Konvents mit dem weißen Minderheitsregime die Widersprüche zwischen den Afrikanern und ihren Unterdrückern zu lösen, vorbei ist. Nun müsse über die Übertragung der Macht an die afrikanische Mehrheit gesprochen werden. Wir haben dazu immer aufgerufen und niemals an die Einberufung eines nationalen Konvents durch das rassistische Regime geglaubt, weil das für das Regime bedeutet, die Macht aufzugeben. Wir müssen kämpfen und sie auf die steilen Felsen treiben, so daß sie sehen, daß es keine Alternative gibt. Von einer starken Position aus können wir sinnvoll miteinander reden, nicht aber, wenn sie in einer starken Position sind.

Der Kampf wird lange dauern und hart sein, auch wenn wir uns bewußt sind, daß Botha und seine internationalen Bundesgenossen heute nicht mehr in einer Position sind, in der sie auf die alte Weise mit der Apartheid weitermachen können.

Nkomati-Abkommen

Frage: Zur regionalen Situation: Präsident Machel sagte, daß der Vertrag von Nkomati zwischen Mosambik und Südafrika gescheitert ist. Wird dieser Versuch des Regimes, sich als friedlich herauszustellen, scheitern?

Mlambo: Ich denke, daß sich Botha als ehrloser Mann erwiesen hat. Er hält sich selbst nicht an diesen Vertrag. Menschen wie Nyerere haben darauf verwiesen, daß Südafrika den Vertrag gebrochen hat, bevor er geschlossen war. Zur Zeit des Vertragsabschlusses hat Südafrika die Rebellen versorgt, und nach Vertragsabschluß ging das so weiter. Das rassistische Regime war in erster Linie nicht an Frieden interessiert. Meines Wissens hatte Mosambik Südafrika nicht den Krieg erklärt. Aber das rassistische Regime wollte sich den Anstrich von Rechtmäßigkeit geben, indem es sich auf dieselbe Plattform stellt wie afrikanische Staaten und verkündet: „Wir, die Afrikaner, sind ein afrikanischer Stamm."

Freilich haben sie damit zugestimmt, Namibia zu verlassen. Sie erklärten sich einverstanden mit der Resolution 435 des Sicherheitsrates. Aber unter allerlei Vorwänden haben sie ihre Armee dort belassen und setzen sich selbst auf dem Territorium von Angola fest. Sie wollen um jeden Preis das Übergewicht behalten. Sie kennen nur brutale Gewalt, keine Moral. Die Reagans und Thatchers kommen ihnen dabei entgegen, indem sie behaupten, daß Botha Schritte in die richtige Richtung tut.

Internationaler Boykott

Frage: Wie beurteilen Sie die Reaktionen der Welt auf die Geschehnisse in Südafrika?

Mlambo: Wir rufen auf zu totalen und verbindlichen Boykott-Maßnahmen auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet gegen Rassismus und ein verbrecherisches Regime. Denn es ist ungenügend, zur Beendigung der Apartheid und des Notstandes aufzurufen. Es ist verkehrt, unsere Aufrufe an P.W. Botha zu richten, ein Mitglied der herrschenden Klasse, einer Klasse, die geistig und materiell von der Apartheid profitiert.



Ein Begräbnis in Guguletu am 8. September. Jugendliche mit dem T-Shirt-Aufdruck „Wir gedenken Sobukwes" demonstrieren mit dem PAC-Gruß: „Izwe Lethu!" — „Das Land gehört uns!"

Zur Lage in Nicaragua

Am 15. Oktober hat der nicaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega den Nationalen Notstand ausgerufen. Mit dieser Maßnahme werden eine ganze Reihe von Artikeln des Grundsatzstatutes Nicaraguas aus dem Jahre 1979 außer Kraft gesetzt. Die Notstandsmaßnahmen berühren die individuellen und sozialen Rechte der Nicaraguaner, wie z. B. die Unverletzlichkeit der Wohnung, die eingeschränkt werden kann, oder das Brief- und Telefongeheimnis, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungs- und Streikrecht und die Freizügigkeit im Lande. Verhaftungen ohne Haftbefehl werden möglich gemacht, das Berufungsrecht ist eingeschränkt und die Pressezensur verschärft.

Es ist nicht das erste Mal, daß die nicaraguanische Führung den Notstand ausruft. Im März 1982 war er erstmals verhängt worden, und erst einige Monate vor den Wahlen, im Juli 1984 wieder aufgehoben worden.

Präsident Ortega begründete in einer Rundfunkrede die Verhängung des Notstandes damit, daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, die Aggression von außen durch die USA und die von innen durch die Verbündeten der USA, die Contras, zu bekämpfen. Er prangerte die *„internen Feinde der Revolution"* an, zu denen er *„gewisse Sektoren"* der katholischen Kirche zählte. Ortega kritisierte auch den Streik von Bauarbeitern, die am Tag vor der Verhängung des Ausnahmerechts vor Regierungsgebäuden in Managua demonstrierten. Ortega sagte: *„Das ganze terroristische Arsenal wird gegen unser Volk angewendet: Ein Krieg von Söldnern — finanziert, organisiert und geführt von den USA, die ihre Truppen weiterhin an unseren Grenzen und Territorialgewässern zu Militärmanövern aufmarschieren lassen und uns ständig mit einer direkten militärischen Intervention bedrohen."* In dieser Situation wird die Contra immer frecher. Wie Sprecher der Contra-Organisation FDN sagten, sollen jetzt nicht mehr nur Gefechte und Überfälle an den Grenzen stattfinden, neues Ziel seien auch die großen Städte im Land. Grund genug für die sandinistische Regierung, wachsam zu sein. Die Ausrufung des Ausnahmezustands soll auch die Aktivitäten von Teilen des hohen katholischen Klerus einschränken, der sich im Gegensatz zur Masse der Katholiken in Nicaragua zu einer offen pro-imperialistischen Kraft entwickelt hat. In diesem Zusammenhang steht auch die erste scharfe Maßnahme: die Beschlagnahme eines Bistumsblattes, das sich nicht mit religiösen Fragen, sondern mit der Verteidigungspolitik Nicaraguas beschäftigte. Mit Kardinal Obando y Bravo an der Spitze bekämpft der hohe katholische Klerus schon lange vor allem die Wehrpflicht und versucht permanent die Verteidigungsanstrengungen Nicaraguas gegen die inneren und äußeren Feinde zu unterminieren.

Soweit sich also die Maßnahmen der sandinistischen Regierung gegen die Contra und die pro-imperialistischen Kräfte, die Reaktion im Lande richten, sind sie wohl gerechtfertigt und notwendig. Denn die Situation in Nicaragua ist ziemlich schwierig. Die Bewilligung von 27 Millionen Dollar durch den US-Kongreß beginnt sich in verstärkten Aktivitäten der Contra auszuwirken. Zwar hat Nicaragua die Lage militärisch im Griff, aber um einen hohen Preis. Die Hälfte des Staatshaushaltes geht in die Verteidigung, die Wehrpflicht mußte eingeführt werden, für die notwendigen Aufgaben beim Aufbau des Landes fehlen Menschen, die, die an der Front sind, und natürlich enorme Mittel für die Entwicklung vieler Sektoren des gesellschaftlichen Lebens. Der Lebensstandard steigt — sechs Jahre nach der Revolution — nicht, im Gegenteil, die Lebenshaltungskosten steigen, es gibt Versorgungsmängel. So entsteht natürlich auch eine Bewegung, entstehen Forderungen, formiert sich Opposition zur sandinistischen Politik, die ausdrücklich nicht die Revolution rückgängig machen will, die ausdrücklich gegen die Contra und deren Hintermänner in Washington ist, aber eben auch von den Notstandsmaßnahmen betroffen sein kann.

Die sandinistische Regierung hat mit den jetzt verkündeten Bestimmungen alle Machtmittel sowohl gegen die Bourgeoisie als auch gegen die Arbeiterklasse und das Volk in der Hand.

Bleibt nur zu hoffen, daß sie mit diesen Machtmitteln so umgeht wie in der vergangenen Periode des Nationalen Notstands. In der Zeit von 1982 bis zum Sommer 1984 — als die Gesetze zuletzt galten — wurde nur sparsam von ihnen Gebrauch gemacht. Die meisten Vorschriften wurden als Möglichkeiten zum staatlichen Eingreifen gesehen, die Regel waren sie nicht. Wenn die Regierung, die Mittel weitgehend gegen die Reaktion und die pro-imperialistischen Kräfte konsequent einsetzt, wird das der nicaraguanischen Revolution dienen. Ein Mittel, den wachsenden sozialen Problemen und der sich daraus ergebenden oppositionellen Stimmung zu begegnen, sind sie bestimmt nicht.

Wir fragten nach in Managua

RM-Telefoninterview, 22. 10. 1985

Am Dienstag, den 22. 10., gelang es uns telefonisch mit Isidro Tellez in Managua zu sprechen. Gut eine Woche nach der Verhängung des Ausnahmezustands in Nicaragua beantwortete der Generalsekretär der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) einige Fragen.

Wir fragten zunächst nach der Situation im Lande auf deren Hintergrund die sandinistische Regierung den Ausnahmezustand verhängte.

Isidro Tellez sagte, daß neben den verstärkten Aktivitäten der proimperialistischen Kräfte, sicher auch die verstärkten Forderungen nach Lohnerhöhungen in Nicaragua eine Rolle für die Entscheidung der Frente (*Frente Sandinista de Liberacion Nacional*, FSLN) gespielt haben. Es hat große Demonstrationen für mehr Lohn gegeben und auch in der Nationalversammlung wurde darüber diskutiert. Hier kam auch die Forderung nach einer automatischen Lohnanpassungsklausel auf, die die Löhne an die Inflationsentwicklung koppeln soll. Diese Forderung wird auch von den Abgeordneten der MAP-ML unterstützt. Die Forderungen nach mehr Lohn nutzte auch die Reaktion zu einer Offensive, sie mobilisierte stark gegen die Regierung.

Wir fragten nach der Einschätzung der Verhängung des Ausnahmezustands.

Isidro Tellez sagte, es sei eine typische sandinistische, pragmatische Entscheidung. Um den Problemen Herr zu werden, treffen die Sandinisten Maßnahmen, die sowohl die Bourgeoisie als auch die Arbeiterklasse und das Volk treffen.

Wir fragten, was die MAP-ML jetzt konkret macht.

Isidro Tellez berichtete von einem Flugblatt der MAP-ML, das gerade verbreitet wird. Darin wird an erster Stelle die Notwendigkeit herausgestellt, verstärkt gegen die Reaktion und die proimperialistischen Kräfte vorzugehen. Aber die Konzeption der Sandinisten wird als falsch kritisiert.

Von einem Fall der Behinderung bei der Verteilung abgesehen, ist die Tätigkeit der Genossen der MAP-ML bislang nicht durch Regelungen des Ausnahmezustands eingeschränkt worden.

Isidro Tellez berichtete noch von einer Rede des stellvertretenden Präsidenten Sergio Ramirez, der ein Dekret ankündigte, das beinhalten soll, daß die Tätigkeit aller legalen Parteien in Nicaragua (das sind die, die im Parlament vertreten sind, RM) nicht von den Regelungen des Ausnahmezustands berührt werden soll. Das war am 21. Oktober, schriftlich liegt diese Gesetzesänderung noch nicht vor.



Hoffnungsvolle Parole in Nicaragua: „Reaktion — dies ist dein letztes Lied"

Frauenstreik in Island

Am vergangenen Donnerstag streikten die Frauen Islands. Mit dieser landesweit breit befolgten Kampfmaßnahme protestierten Islands Frauen gegen die Vorrechte der Männer am Arbeitsplatz. Mitgestreikt hat sogar Islands Präsidentin Vigdis Finnbogadottir.

80 Prozent aller isländischen Frauen arbeiten, nach jüngsten Statistiken verdienen sie im allgemeinen 40 Prozent weniger als Männer, obwohl sie gesetzlich das Recht auf gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit haben. Die Männer in Island, die weniger als die Hälfte der 240000 Einwohner ausmachen, hatten am Kampftag große Probleme. In vielen Hotels drängelten sich Männer, deren Frauen sich geweigert hatten, Frühstück zu machen. Männliche Arbeitgeber hatten Sekretärinnen und anderen weiblichen Arbeitern und Angestellten mit Lohnabzug gedroht, da der Streik unangemeldet und somit illegal war.



Auch gestreikt: Islands Präsidentin Vigdis Finnbogadottir

Diese Aktion war nicht die erste der isländischen Frauen. Schon vor zehn Jahren, als die UNO das Jahr der Frau ausrief, traten die Frauen des Inselstaates in einen eintägigen Streik.

Friedensaktivitäten



Den Haag

Nur zwei Wochen, nachdem in Belgien rund 200000 Menschen gegen die Stationierung von US- und NATO-Waffen in ihrem Land demonstriert hatten, standen die Niederlande im Mittelpunkt von Friedensaktivitäten. Viele tausend Menschen waren nach Den Haag gekommen, um der Übergabe von fast vier Millionen Unterschriften gegen die Raketenstationierung in Holland beizuwohnen.

Die niederländische Friedensbewegung hatte in eigener Regie eine Volksabstimmung gegen die Stationierung von Cruise-Missiles durchgeführt. Im Verlauf von nur zwei Monaten hatten 600 Friedensgruppen mit Unterstützung von 80000 freiwilligen Helfern genau 3743455 Unterschriften gesammelt. (Einwohnerzahl der Niederlande rund 14 Mio.!) Im Rahmen einer Großkundgebung wurden diese Unterschriften dem niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers übergeben.

Lubbers aber machte sofort klar, daß er sich nicht an diesen so eindrucksvoll demonstrierten Volkswillen halten wolle und kündigte praktisch an, die Regierung werde der Stationierung der Atomwaffen zustimmen. Die Kundgebungsteilnehmer wendeten dem Ministerpräsidenten während seiner Rede den Rücken zu und machten mit den Händen das „V", das Victory-Zeichen.

Ebenfalls am vergangenen Wochenende fand in London eine große Friedensdemonstration von Atomwaffengegnern statt. Unter dem Motto „Die Menschheit oder Atomwettrüsten" hatte die britische Kampagne für nukleare Abrüstung aufgerufen. Zehntausende folgten dem Aufruf nach London.

In Japan fanden am Sonntag Friedensdemonstrationen statt, an denen sich insgesamt 700000 Menschen beteiligten. Allein in Tokio demonstrierten 150000 unter den Parolen „Wir fordern die Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges" und „Nein zum Wettrüsten".

Auch aus Schweden, Dänemark und Kanada liegen Meldungen von Demonstrationen und Aktionen gegen Kriegsgefahr und atomares Wettrüsten vor, die im Rahmen der „UN-Abrüstungswoche" stattfanden.



London

Zu den DKP-Thesen in Vorbereitung ihres 8. Parteitages (2. Folge)

Worauf besinnen?

Im RM 40/85 hatten wir die erste Folge einer Reihe von Artikeln zu den Thesen des DKP-Parteivorstands zur Vorbereitung des 8. Parteitags der DKP (unter dem Titel „Weiter auf nichtmarxistischem Weg") veröffentlicht. Dort behandelten wir die Thesen 1—4, die sich mit der internationalen Lage und dem Friedenskampf befassen. In der heutigen zweiten Folge geht es um den zweiten Abschnitt der Thesen „Wir Kommunisten und der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt heute", dabei zunächst, für dieses Mal, mit den Thesen 5 bis 9, die sich mit der Außen- und Sicherheitspolitik befassen.

Die Diskussion über die Thesen verschafft auch Gelegenheit, zu dem Leserbrief „Auswischen" Stellung zu nehmen, der im RM 43/85 zum obengenannten Artikel erschienen ist. In diesem Brief kritisiert HS aus Westberlin den Artikel dahingehend, es sei nur krampfhaft danach gesucht worden, wie man der DKP eins auswischen könnte. Da er neben methodischen Kritiken (vor allem die übliche: Zitate seien aus dem Zusammenhang gerissen, was bei solch langen Thesen immer behauptet werden kann) auch inhaltliche Punkte anführt und auch auf Thesen, die in diesem zweiten Abschnitt enthalten sind, verweist, deckt sich eine Erwiderung auf diese Kritik an einigen Punkten mit dem weiteren Fortgang der Kommentierung der Thesen.

Dabei erweist sich in einigen der Thesen, daß HS doch sehr gegen die Tatsachen kritisiert. In drei Punkten wird dies deutlich, die im Zentrum seiner Kritiken stehen und die auch in den Thesen 5 bis 9 erneut behandelt werden.

Da ist zum ersten die Frage „Eureka". *„Warum will der Schreiber den Anschein erwecken, als wenn die DKP Eureka befürwortet?"* fragt uns HS und führt einen UZ-Kommentar mit anderem Tenor an und eine dubiose Zeitrechnung, nach der Eureka zu spät für die Thesen gekommen sein soll. Tatsache aber ist, daß es heute bereits Angebote aus RGW-Staaten gibt, sich an Eureka zu beteiligen, daß in DGB-Stellungnahmen, die von der DKP, wie stets weitgehend kritiklos, zitiert werden, die Unterstützung von Eureka beinhaltet ist und daß auch in der These über europäische Zusammenarbeit die — natürlich friedliche — entsprechende Zusammenarbeit gefordert wird. Nun ist die Crux an der Sache, daß ja Eureka gerade als die angebliche friedliche Alternative zu SDI verkauft werden soll und daß bereits seit viel längerer Zeit als HS behauptet, der dies auf Mai dieses Jahres datiert haben möchte. Der Schreiber möchte keinen Eindruck erwecken, sondern setzt sich mit der faktisch und ausdrücklich von der DKP betriebenen Politik auseinander — und das scheint HS nicht zu gefallen.

Wenn dabei Ungereimtheiten an den Tag treten, dann sind diese auf Ungereimtheiten in der DKP-Politik zurückzuführen und nicht auf Willkürlichkeiten in der Betrachtung dieser Politik.

Das fängt bei den Thesen 5 bis 9 bereits bei der kuriosen Begründung für die Wende 82 an, für deren Zustandekommen auch ein massiver Druck des USA-Imperialismus verantwortlich gemacht wird (neben dem Druck der Monopolbourgeoisie) — eine Behauptung für die es im Gegensatz zum Druck der westdeutschen Großkapitalisten aber keine Beweise gibt. Eine Behauptung, die die DKP in diesen Thesen nur erneuert, denn sie war bereits damals in der UZ gehandelt worden — exclusiv. Sicher wäre auch diese Aussage einer ausführlicheren Betrachtung wert, aber es soll hier vor allem um die Außen- und „Sicherheitspolitik" gehen.



Kohl bei Reagan: Bloßer „Erfüllungsgehilfe"?

Hierbei interessieren uns zunächst die Thesen 7 „Die Bundesrepublik — Westeuropa — USA" und 8 „Die Hochrüstungspolitik des BRD-Imperialismus und ihre Folgen".

In der These 7 wird die Behauptung, mit der wir uns bereits in der 1. Folge beschäftigen, erneuert und vertieft:

„Die herrschenden Kreise der USA betrachten unser Land als potentiellen atomaren Hauptkriegsschauplatz. Durch ihre Hochzinspolitik, ihre Boykott- und Embargopolitik, ihre Versuche unser Wissenschafts- und Technologiepotential in den Dienst der Sternenkriegspläne zu stellen, fügen sie der Wirtschaft der Bundesrepublik schweren Schaden zu." (Seite 31)

Nur Fakten?

Es ist die Wiederholung der Aussage, SDI schädige die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, die wir bereits in der ersten Folge als Ansatzpunkt zu einer Politik der Klassenzusammenarbeit kritisiert hatten. HS wußte darauf, mit viel unterschwelliger Polemik, nur zu entgegnen, es handele sich doch lediglich um die Aufzählung von reinen Faktoren, wertneutral sozusagen. Allein: Dieser plumpe Trick in der Argumentation zieht nicht. Es ist eben absolut kein Fakt, daß die Beteiligung von Dornier etwa an SDI, die Wettbewerbsfähigkeit von Daimler Benz schwächt. Diesen angeblichen Fakt hat noch niemand bewiesen und wird es auch nicht tun.

Es handelt sich keineswegs um bloße Fakten, die da aufgezählt werden — schließlich bietet auch die amerikanische Hochzinspolitik durchaus nicht nur Negatives für bundesdeutsche Kapitalisten — die Exportwelle durch den hohen Dollarkurs spricht gegen die These der DKP und den Verteidigungsversuch von HS.

Es ist — und in diesem ausführlichen Zitat wird dies deutlich — in der Tat ein politisches Herangehen, das die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten eröffnen soll — die Losung von der „Koalition der Vernunft" ist davon letzter Ausdruck.

Und dies ist nicht etwa ein Ausrutscher oder Zufall. So heißt es, immer noch in These 7, weiter:

„Wachsendes Gewicht erhalten für die Bundesrepublik die westeuropäischen Bündnisbeziehungen. Sie unterliegen widersprüchlichen Einflüssen. Einerseits ist in Westeuropa bis in die herrschenden Kreise hinein ein Besinnen auf die eigenen Lebensinteressen im Gange. (...) Andererseits wollen einflußreiche Kreise auf diese Weise die europäische Säule der NATO ausbauen und ihren Einfluß in Westeuropa erhöhen." (Seite 32)

Worin sollen diese Veränderungen bestehen? Wer besinnt sich da worauf? Etwa der französische Imperialismus mit Eureka und Mururoa? Oder der britische? Es ist ziemlich genau so wie in der Bundesrepublik, daß die Interessen dieser Kreise ganz anders aussehen, als es die DKP um ihrer Bündnispolitik willen weismachen will. Die Fakten werden keineswegs nur dargestellt, sondern regelrecht verdreht, damit sie ins politisch gewollte Bild passen.

Dementsprechend wird — um dieser Zusammenarbeit willen — ausdrücklich auf eine Forderung nach Austritt aus der NATO verzichtet. Zwar wird beteuert, wenn es nach der DKP ginge, wäre es anders — aber eine solche Beteuerung ist nichts wert, zumal wenn sie mit als Begründung für den Verzicht auf die entsprechende Losung mißbraucht wird.

Kurz: Es ließen sich noch mehrere Ausführungen der DKP-Thesen zitieren, speziell aus dieser These 7, die ausdrücklich bekräftigen, was wir in der ersten Folge unserer Kommentierung dieser Thesen bereits ansatzweise kritisiert hatten.

Alles klar?

HS verweist in seinem Leserbrief darauf, die Rolle der Bundeswehr würde in den Thesen sehr wohl behandelt, und zwar in These 8 und damit sei unsere Kritik an dieser Sache erledigt. Nun: Auch wir haben die ganzen Thesen gelesen, bevor wir dazu geschrieben haben. Aber so wenig wie die DKP kann HS darüber hinwegtäuschen, daß es eine bewußte politische Entscheidung ist, die Frage der Bundeswehr aus dem ganzen internationalen Teil herauszulassen und sie nur noch, nach dem antimarxistischen Höhepunkt der These 7, in der folgenden These 8 unter „BRD-Politik" zu behandeln.

Zudem in einer Weise, die in der Tat fraglich ist. Nicht neu ist die darin eingebaute These von einem angeblich bestehenden industriell-militärischen Komplex (als eigener „Fraktion" innerhalb der Kapitalistenkreise), deren mutmaßliche Existenz die DKP braucht, um dagegen eine „vernünftige Fraktion" konstruieren zu können. Nun ist es heute eine Tatsache, daß alle führenden bundesdeutschen Finanzgruppen massiv in der Rüstungsindustrie aktiv sind, daß es einen deutlich heraussehbaren eigenen „Komplex" in dieser Frage nicht gibt, schon gar nicht als etwas Festgefügtes.

Daß in diesen Passagen auch Richtiges gesagt wird, ist weder überraschend noch zu vermeiden. Es geht ja gar nicht darum, daß die DKP etwa überhaupt niemals Richtiges aussage oder mache. Es geht darum, auf welchen Fundamenten diese Politik steht und vor allem, worauf sie abzielt.

Hier taucht dann sogar — ganz am Rande, ohne eine Rolle in der Festlegung politischer Ziele zu spielen — die Aussage auf, daß die US-Programme auch zur Verwirklichung eigener imperialistischer Ziele benutzt werden sollen.

Nach alldem ist es wenig überraschend, wenn zum Abschluß dieser These gesagt wird:

„Wir Kommunisten meinen, daß es an der Zeit ist, sich von der Vorstellung zu lösen, daß einseitig zu gewährleistende Sicherheit möglich sei. Überlegenheitsstreben ist mit Friedenssicherung nicht vereinbar. Sicherheit kann nicht mehr errüstet werden. Sie ist im Nuklearzeitalter nur noch als gemeinsame Sicherheit erreichbar." (Seite 37)

Das ist die nötige Ergänzung zur „Koalition der Vernunft" — und nicht etwa ein Gegensatz, wie unser HS am Ende seines Briefes konstruieren möchte. Es ist die eine einzige Ebene der Friedenssicherung, die in diesem Konzept gilt, das ist der Inhalt, der zusammenpaßt. Bezeichnenderweise wird in dem abschließenden Zitat ja auch nicht ansatzweise auf die Frage geantwortet, wie es denn mit der anderen Form der Einseitigkeit, der Abrüstung nämlich, aussieht. Stattdessen wird einfach behauptet, früher (wann?) sei Sicherheit mit Rüstung möglich gewesen, heute nicht.

Daß das ganze Thema der einseitigen Abrüstung, des Kampfes im eigenen Land für Abrüstung in dem Maßnahmenkatalog gar nicht auftaucht, den die These 9 darstellt, ist nur die logische Konsequenz aus den verschiedenen vorher angesprochenen Punkten.

Alibi?

Der Verweis auf die These 8, wo ja die Hochrüstung des BRD-Imperialismus behandelt werde, als Antwort auf eine Kritik, die besagt, daß diese Politik charakterisiert ist vom Bestreben nach Klassenzusammenarbeit, zieht nicht — so wenig wie der Verweis etwa auf die Lage in den Betrieben, wie es HS in seinem Brief abschließend versucht.

Es ist in diesem Artikel in dieser Form nicht gesagt worden, daß die DKP auch im Betrieb eine solche Politik verfolge — dieselbe Politik ist es ohnehin nicht, da spielt die Frage der Haltung zur Gewerkschaftsführung eine zentrale Rolle.

Aber im Bereich der Friedenspolitik wird dies von uns ausdrücklich so gewertet, weil es einfaches Ergebnis der Betrachtung der entsprechenden Thesen ist.

Und da soll ja, erinnern wir uns an den Beginn, gerade das behandelt werden, was sich seit 1978 neu entwickelt hat. Und niemand, der diese Thesen vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet, kann darüber hinwegsehen, in welcher Eindeutigkeit und Massivität hier diese Losungen der „Vernunft", der „Lebensinteressen" und anderer Dinge nicht nur angeführt werden, sondern, und dieses ist das Entscheidende, zu Grundfragen der Politik gemacht werden. Insbesondere mit der These 7 dieses Entwurfs des Parteivorstandes ist es den Autoren gelungen, ein echtes „Meisterwerk" an nationalistischer Politik vorzustellen, das keineswegs abgetan werden kann mit demagogischen Ausweichmanövern à la „ist ja nur Taktik" oder ähnliches, sondern das direkt zur Absage der DKP an den Kampf um einseitige Abrüstung, um NATO-Austritt und ähnlichem führt, was in diesem Dokument in vorher selten dagewesener Deutlichkeit vollzogen wird.

Für die Gesamtanlage dieser friedenspolitischen Aussagen erscheint dann die These 8 als in der Tat eine Alibigröße — von ihr bleibt in den Forderungen der These 9 nur noch die „Senkung der Rüstungsausgaben" übrig — sicher richtig, sicher keineswegs ausreichend im Sinne marxistischer Friedenspolitik.

PINWAND

KJD-Seminar

Am 9. und 10. November
Nähe Paderborn
Thema: „30 Jahre Bundeswehr — wir feiern mit"
Anmeldung und nähere Auskünfte über das zentrale Büro der KPD
Teilnahmepreis 25,— DM

AKWs — wie weiter?

Die AKW-Politik ist wieder in die öffentliche Debatte gekommen. Die Großdemonstration gegen die WAA in München, die Diskussion um die Haltung der SPD zum „Schnellen Brüter" in Kalkar, der Hanauer Nuklearfirmen: Alles dies ist für uns Anlaß, in einer etwas ausführlicheren Artikelreihe die bisherige Entwicklung der AKW-Politik zusammenzufassen und daraus ableitend die Frage nach der weiteren Perspektive dieser Politik und des Widerstands dagegen zu beantworten versuchen. In der heutigen ersten Folge geht es um geschichtliche und technische Grundfragen dieser Auseinandersetzung.

Nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen deutschen Staates 1945 war vor allem die Siegermacht USA bemüht, sich das technische Wissen deutscher Raketenkonstrukteure, Atomphysiker usw. nutzbar zu machen. Teilweise mit Zwang, teilweise mit Versprechungen, ihnen alle Möglichkeiten des Forschens und Experimentierens zu eröffnen, wurden sie über den großen Teich geholt. Die deutsche Wirtschaft lag zerstört am Boden, Konzerne wurden entflochten, Anlagen demontiert. Ein wichtiger Konkurrent auf dem Weltmarkt schien auf unabsehbare Zeit ausgeschaltet.

Heute ist die deutsche Industrie wieder führend in der Welt, gerade auch auf dem Gebiet der Kernenergie. Insbesondere bei der Entwicklung von Sicherheitstechnologien im Umgang mit Hochdruck- und Hochtemperaturanlagen und natürlich auch entsprechenden Reaktoren genießen deutsche Herstellerfirmen inzwischen weltweites Ansehen, nicht anders als bei der Fertigung und Konstruktion von Präzisionswaffen, wo sich die BRD mit ihren Spitzenerzeugnissen heute auf dem Weltmarkt zum fünftgrößten Waffenexportland gemausert hat. Ähnlich ist auch bei der Ventiltechnik und bei Hochsicherheitsverschlußtechniken deutsches Know-how international begehrt.

Während jedoch selbst Staaten der sog. dritten Welt wie Indien bereits über Atombomben verfügen, ist zwar die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden (in den Händen der USA) die dichteste auf der Welt, aber die deutsche Industrie hat sich bisher — zumindest nach außen hin — auf die „friedliche" Nutzung der Kernenergie beschränkt und ist bestrebt gewesen, den Verdacht gar nicht erst aufkommen zu lassen, man könne mehr als das im Sinne haben. Unter der Hand konnte jedoch die deutsche Atomindustrie, die mit einer solchen Eingrenzung auf friedliche Nutzung ihr vertraglich zugestandene Beschränkung unterlaufen, ohne daß etwa die USA hier eingeschritten wären. Zu Widersprüchen offener Art kam es erst, als die deutsche Industrie begann, Kernkraftwerke zu exportieren. Da wurde plötzlich der Atomwaffensperrvertrag geltend gemacht, wonach die BRD (die doch selbst nach diesem Vertrag keine Atomwaffen haben durfte) mit dem Verkauf solcher Kernkraftwerke etwa nach Brasilien dieses Land zum Bau von Atomwaffen befähigen würde.

Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, daß etwa die Haltung der Bundesregierung zum Apartheidsregime in Südafrika nicht zuletzt motiviert ist durch Interessen der deutschen Atomindustrie: an dortigen Uranvorkommen, aber möglicherweise auch an einem Gelände außerhalb der BRD, wo man Atomwaffentests vornehmen kann, die sicherlich eine „Bereicherung" des deutschen Exports ausmachen würden. Und hinsichtlich der Entsorgung bietet sich die Volksrepublik China an.

Im folgenden soll versucht werden, skizzenhaft nachzuzeichnen, wie sich das Interesse von Industrie und Staat an der Entwicklung der Kerntechnik in der BRD entwickelt hat und wie der Staat bestrebt war, durch entsprechenden Ausbau seines innerstaatlichen Gewaltapparates den wachsenden Widerstand breiter Bevölkerungskreise gegen diese gefährlichen Ambitionen in den Griff zu bekommen.

Wenn man Perspektiven des Widerstandes heute skizzieren will, so muß man sich darüber im klaren sein, welche Haltung die wichtigsten politischen Kräfte in dieser Republik (Parteien, Gewerkschaften) inzwischen in dieser Frage einnehmen. Dies soll im Anschluß versucht werden.

„Das Gefahrenpotential der Atomtechnik ist an sich ein Problemfeld, das aus der bisherigen Geschichte (der Menschheit - KD) herausfällt; das ergibt sich, unabhängig von der zivilen Kernenergie, bereits aus dem fließenden Übergang zwischen ziviler und militärischer Atomtechnik. Eben deshalb erinnert jedoch die Stellung der Atomwirtschaft an die traditionelle Stellung der Schwerindustrie: sie verspricht ökonomisch eine Schlüsselindustrie zu werden, ist jedoch zugleich von der Aura militärischer Macht umgeben. Auch die ‚friedliche' Atomtechnik trägt bis heute ihre Vergangenheit, ihre militärische Genese (= Abkunft - KD) in sich. Man muß in technische Details gehen, um das zu erkennen: **alle gegenwärtig gebauten Reaktortypen stammen aus einer Zeit, als die Atomtechnik noch von militärischen Interessen beherrscht wurde**, und wurden in Atomforschungszentren entwickelt, die im Eigeninteresse den Übergang zur militärischen Atomtechnik offenhalten mußten." (1)

Der Historiker Joachim Radkau, der 1980 mit dem Thema „Die Entstehung der Atomwirtschaft in der BRD" seine Befähigung zum Hochschullehrer nachwies (er ist heute Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld), geht besonders auf das starke Interesse der deutschen Atomlobby an der Produktion von Plutonium ein:

„Das Interesse am internationalen Frieden (...) besaß auch im Kräftespiel der Nuklearwirtschaft, die latent eine unerhörte Gefahr für den Weltfrieden enthält, keinen Vorkämpfer und keine Instanz, die es effektiv in Tagespolitik umgesetzt hätte. Dem scheint der 1954 von der Bundesregierung als Bedingung des deutschen Beitritts zur Westeuropäischen Union ausgesprochene Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen, scheint noch mehr das ‚Göttinger Manifest' der deutschen Atomwissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr (1957) und der später nach harten innenpolitischen Kämpfen durchgesetzte Beitritt der Bundesrepublik zum ‚Atomwaffensperrvertrag' (1969) zu widersprechen. Entscheidend in dem Verzicht von 1954 war jedoch der Passus, der den Verzicht auf die Produktion der Spaltstoffe Plutonium und Uran 253 einschloß — die in der Tat wichtigste Voraussetzung zum Bombenbau; dieser Verzicht ist in der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung nie beachtet worden. Die Plutonium-Produktion besaß in den anfänglichen bundesdeutschen Atomplanungen sogar die Priorität (= den Vorrang - KD); **zwar war geflissentlich von Plutonium nur als Reaktorbrennstoff die Rede, aber in Wahrheit war es damals nur als Bombenspaltstoff zu gebrauchen und ist es im wesentlichen bis heute.** Das Göttinger Manifest wirkt aus dem Rückblick vornehmlich als eine Deklaration (= feierliche Erklärung - KD), die die bundesdeutsche Nuklearentwicklung gegenüber der Weltöffentlichkeit vor naheliegenden Verdächtigungen schützen sollte; es hatte jedoch keine praktischen Folgen: Vergeblich sucht man in den Entscheidungsprozessen nach Überlegungen von Atomwissenschaftlern über die Art und Weise, wie sich bei der zivilen Kerntechnik eine Proliferation (= Weiterverbreitung - KD) von Bombenspaltstoff verhindern lasse — und dabei war das Proliferationsproblem von Anfang an wohlbekannt. Im Zuge der Kontroverse (= Auseinandersetzung - KD) um den ‚Atomwaffensperrvertrag', die Anfang 1967 heftig aufflammte, suchte die CDU/CSU die Atomwirtschaft gegen die Vertragsunterzeichnung zu mobilisieren. Die wirkliche Lage war aber so, daß das Gros (= die überwiegende Mehrheit - KD) der Atominteressenten inzwischen eine Politik des Widerstands gegen den Vertrag als gefährlich ansehen mußte, da die soeben zum industriellen Durchbruch gelangten Leichtwasser-Kernkraftwerke auf das angereicherte Uran der USA angewiesen waren. Hieraus und nicht aus Proliferationssorgen erklärt sich das immer entschiedenere Drängen gerade der Atomwirtschaft auf Vertragsunterzeichnung. Das damals vom Kernforschungszentrum Karlsruhe mit Erfolg als Patentrezept für die Lösung der Kontroverse präsentierte System der ‚instrumentellen Spaltstoffflußkontrolle' war im Grunde nicht viel besser als ein trickreicher Bluff, da bis heute nicht klar ist, ob es eine solche rein technische Lösung des Kontrollproblems wirklich gibt." (2)

Holger Strohm, Verfasser einer umfangreichen Dokumentation über die bundesdeutschen Atomkraftwerke („Friedlich in die Katastrophe", 1981), geht insbesondere auf die bundesdeutsche Vorliebe für den Leichtwasserreaktor ein: „Die Atomkraftwerke, die sich in den USA und in der BRD bisher auf dem Markt durchgesetzt haben, sind die sogenannten Leichtwasserreaktoren. Bei ihnen dient normales Wasser als Moderator (= Neutronenbremse) und auch als Kühlmittel. Es gibt zwei Leichtwasser-Reaktor-Baulinien: den Druckwasser- und den Siedewasserreaktor. Beim Druckwasserreaktor setzt man den Primärkreislauf (= unter vollem Innendruck stehender Kühlkreislauf - KD) unter Druck, um das Sieden des Wassers zu verhindern. Im Siedewasserreaktor wird ein Sieden des Wassers zugelassen und der entstehende Wasserdampf aus dem Reaktor direkt auf die Turbine geleitet. Ein solches Einkreissystem (= System, das nur einen einzigen Kühlkreislauf hat - KD) ist daher eine billigere und einfachere Anlage. ~~Da~~ der Dampf, der das Core des ~~Reak~~tors (= den Reak~~torkern~~ - KD) ist daher eine ~~billig~~ere und einfachere ~~Anlage~~. Da der Dampf, der das Core des Reaktors (= den Reaktorkern - KD) umströmt, jedoch nicht frei von Radioaktivität ist, müssen besondere Vorkehrungen für die Strahlenabschirmung getroffen werden. Die Turbine muß sich innerhalb der Strahlenabschirmung befinden." (3)

Radkau stellt fest, daß in den 60er Jahren die BRD zur Vorherrschaft des Leichtwasserreaktors in Europa entscheidend beitrug.

Als Grund dafür gibt er an: „Der Leichtwasserreaktor war und ist an zwei Enden mit Schlüsseltechnologien der atomaren Bombenproduktion verbunden: Zur Herstellung des von ihm als Kernbrennstoff benötigten angereicherten Urans sind Isotopentrennanlagen nötig, die das Uran-Isotop U 235 produzieren, mit dem die auf Hiroshima abgeworfene Bombe geladen war; die abgebrannten Brennelemente müssen auf die Dauer (...) in einer Wiederaufbereitungsanlage behandelt werden, in denen das im Reaktor ‚erbrütete' Plutonium herausgelöst, also jener Spaltstoff produziert wird, mit dem die Atombombe geladen war, die auf Nagasaki fiel." (4)

Um diesen Absatz verstehen zu können, ist eine kurze Erklärung des Begriffs „Isotop" notwendig. Hierzu wieder Strohm: „Die ganze Welt besteht aus etwas über 100 Grundstoffen, den sogenannten Elementen, deren kleinste Teilchen man Atome nannte. Später ergab sich, daß der Name ‚Atom' = ‚Unspaltbares' falsch war: auch ein Atom läßt sich noch zerlegen, wenn dazu auch enorme Kräfte erforderlich sind. Einige wenige Elemente haben aber Atome, die von sich aus zerfallen. Hierzu gehört vor allem das Uran. Die Hauptbestandteile des Atoms sind der Atomkern und die um den Kern kreisenden Elektronen. Atome, die Strahlung aussenden, nennt man ‚radioaktiv'. Beim Atomzerfall, der ein natürlicher Zerfall sein kann — er kommt so nur bei ‚schweren Atomen' vor — oder der auch künstlich angeregt werden kann, entsteht energiereiche Strahlung. Diese ist es, die besondere Gefahren und Probleme mit sich bringt, über deren gesamtes Ausmaß sich viele jedoch nicht im klaren sind. Kein Element ist ‚rein'. Das heißt, es (jedes Element - KD) besteht aus einem Gemisch von Atomen, die sich geringfügig unterscheiden. Diese in ihren chemischen Reaktionen identischen (besser: gleichen - KD), aber im Massengewicht unterschiedlichen Atome nennt man ‚Isotope'. Elemente sind also in der Regel Isotopengemische. So sind im natürlichen Uran die Isotope U 235 und U 238 vertreten. Ein Teil der Isotope ist ‚stabil', d. h. diese Isotope ändern ihren Aufbau nicht. Andere sind ‚instabil' — sie wandeln einen Teil ihrer Masse in Energie um und geben diese in Form von Strahlung ab. Man spricht von Atomzerfall oder, wenn der Zerfall künstlich herbeigeführt worden ist, von Atomspaltung. Die Zeit, über die hinweg ein Atom zerfällt, ist durch kein äußeres Mittel zu beeinflussen. Man mißt diesen Zeitraum in ‚Halbwertzeiten'. Sie sind für die einzelnen Elemente spezifisch (= eigenartig - KD) und außerordentlich unterschiedlich: die Halbwertzeiten (= Zeiten, in denen ein Element in der Hälfte des aktiven Materials inaktiv wird - KD) reichen von Bruchteilen von Sekunden bis zu Milliarden von Jahren. So beträgt die Halbwertzeit für Radium 1622 Jahre, für Polonium 212 drei Zehnmillionstel Sekunden und für Uran 238 dagegen 4,5 Milliarden Jahre." (5)

Insgesamt gibt es 281 stabile und über 700 instabile, durch künstliche Kernreaktionen hergestellte Isotope



Polizeiaufgefordert in Brokdorf

der Elemente. Die Isotopentrennung der (über all auf der Erde gleichen) Isotopengemische eines Elements ist eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung von Atomenergie. Es gibt zahlreiche Verfahren der Isotopentrennung wie: Massenspektrometrie, fraktionierte Destillation, Diffusion, chemische Austauschreaktionen, Elektroanalyse, die Methode des unterbrochenen Molekularstrahl, Thermodiffusion, Ultrazentrifuge. Indem man die jeweiligen Trenngeräte hintereinanderschaltet (in Kaskadenform), können kleine, praktisch unbedeutende Trennergebnisse bis zur Brauchbarkeit vervielfacht werden. Isotopentrennung ist eine recht kostspielige Angelegenheit. Während zunächst sowohl in der BRD als auch in zahlreichen anderen Ländern eine Vorliebe für Natururan-Reaktoren und Zurückhaltung gegenüber den auf angereichertes Uran angewiesenen Reaktortypen verbreitet war, schon weil man sich nicht zu sehr von den USA abhängig machen wollte, änderte sich diese Haltung ziemlich bald. Radkau erklärt das so:

„Wenn der Leichtwassertyp dennoch im Kraftwerksbau zur Weltherrschaft aufstieg, so lag das nicht zuletzt daran, daß er relativ früh entwickelt war. Wesentlich für sein ‚Image' war auch, daß er wegen der Verwendung von normalem Wasser als Neutronen-Moderator und Kühlmittel relativ einfach und konventionell wirkte. Mehr noch sprach aber für den Leichtwasserreaktor der lapidare Umstand, daß seine Anlagekosten relativ niedrig waren. Das simple Kostenargument brachte immer wieder die Kritiker des Leichtwasserreaktors zum Schweigen, während um viele andere Reaktortypen zeitweise heftig diskutiert wurde. **Ein klarer Kostenvorteil des Leichtwasserreaktors bestand aber nur dann, wenn man einen Großteil der Kosten des ‚Brennstoffkreislaufs' — vor allem der proliferationsträchtigen Isotopentrennung und Wiederaufarbeitung — aus der Rechnung ausklammerte**; das war möglich, da diese Technologien von militärischer Seite ohnehin zur Verfügung standen." (7)

Mit anderen Worten: Hierbei handelte es sich um „nationale Aufgaben", die vom Staat übernommen wurden und für deren Finanzierung der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden konnte. Wie teuer diesen das zu stehen kommen sollte, sei am Beispiel der ALKEM skizziert:

So führte Klaus Traube, ehemaliger Geschäftsführer der KWU-Tochtergesellschaft INTERATOM (7a) (die wie die Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberg (MAN als Gesellschafter der Gesellschaft für Nuklear-Verfahrenstechnik mbH (GNV) über die Gesellschaft für Zentrifugentechnik mbH Bensberg (Centec) zusammen mit der British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) und der Ultra-Centifuge Nederland N.V. an der Weiterentwicklung und Herstellung von Zentrifugalanlagen und damit an einem der wichtigsten Verfahren zur Isotopentrennung beteiligt ist (7b), aus:

„Während in Frankreich das bei der Wiederaufarbeitung des Leichtwasserbrennstoffs gewonnene Plutonium ausschließlich für den Einsatz in Brütern reserviert werden soll, war in Deutschland (BRD - KD) stets — für eine längere Übergangszeit bis zur Brüterwirtschaft — eine Rückführung dieses Plutoniums in Leichtwasserreaktoren vorgesehen. Dazu wird es mit Natururan und dem ebenfalls bei der Wiederaufarbeitung gewonnenen Resturan zu sogenannten Mischoxyd-Brennelementen (MOX) verarbeitet. Das Resturan (etwa 95 Prozent des Urangehalts der unbestrahlten Brennelemente) hat normalerweise einen geringfügig höheren Gehalt an spaltbarem (zur Energiegewinnung nutzbarem) Uran (0,8 % U 235) als das Natururan (0,71 % U 235), ist aber im Gegensatz zum Natururan so radioaktiv (wegen des Gehalts an den Uranisotopen U 232 und U 236), daß es nicht ohne Strahlen-Abschirmung verarbeitet werden kann. Es kann zwar im Prinzip — wie das Natururan — in einer Anreicherungsanlage mit spaltbarem Uran angereichert werden und so zu Uranbrennelementen — statt zu MOX-Elementen — verarbeitet werden. Der Aufwand für die dazu notwendigen Abschirmmaßnahmen wird aber wirtschaftlich nicht durch die dabei erzielbare Einsparung an Natururan gerechtfertigt. (...) Die Komplexität dieses Problems bietet reichliche Nahrung für einen Streit zwischen Kritikern der Wiederaufarbeitung — die etwa 15 Prozent Natururaneinsparung nennen — und Befürwortern, die etwa 30 Prozent nennen. Der Streit geht um des Kaisers Bart; ökonomisch ist er bedeutungslos." (7c)

„In Deutschland ist die Firma ALKEM in Hanau, einst eine Gründung der chemischen Industrie, später mehrheitlich der KWU einverleibt, für die Entwicklung und Fabrikation von MOX-Brennelementen zuständig. Sie ist das einzige deutsche Unternehmen für diesen Zweck, und dieser Zweck ist ihr einziger. Da die Technologie der MOX-Fabrikation und die Produktionsanlagen für Leichtwasser- und Brüterbrennelemente gleich sind, ist die ALKEM für beides zuständig. Sie ist der Produzent der Brennelemente für den Brüter in Kalkar und hat auch bereits seit den 60er Jahren MOX-Elemente für Leichtwasserreaktoren produziert. (...)

1972 war im 4. Atomprogramm der BRD für die Jahre 1973—77 zur Plutoniumrückführung u.a. zu lesen, die Firma ALKEM habe ‚mit staatlichen Mitteln eine automatisierte Plutoniumverarbeitungsanlage entwickelt und aufgebaut'. 1977 vermeldete das Bundesministerium für Forschung und Technik im anschließenden ‚Programm Energieforschung und Energietechnologie 1977—80':

‚Die Herstellung plutoniumhaltiger Brennelemente ist wegen der Radiotoxizität (= hohe Strahlungsgiftigkeit - KD) des Plutoniums und wegen des notwendigen Umgangs mit großen Mengen offener radioaktiver Substanzen sehr aufwendig. Diese Technologie ist jedoch in den letzten Jahren so weit entwickelt worden, daß die BRD hier eine führende Stellung einnimmt. (...) Die im Leichtwasserreaktor-System entwickelte Rückführungstechnologie schaffen die technologische Basis für den späteren Schnellbrüter-Kreislauf'." (7d)

„Die Bundesregierung (...) hat also der Firma ALKEM in den 60er Jahren eine Fabrik zur Herstellung von Plutonium-Brennelementen finanziert und finanziert seitdem auch deren Betrieb als ‚Entwicklung', offenbar doch wohl, weil diese Technik, obwohl ‚weltweit führend', aus den technisch bedingten, in Kosten resultierenden Problemen nicht herauskommt. (...) Also muß eine Perspektive her: der ‚Durchbruch zur großtechnischen MOX-Fabrik, die das in der geplanten Wiederaufbereitungsanlage gewonnene Plutonium (ressourcenschonend) in Leichtwasserreaktoren zurückführt. Wohin sollte man sonst mit diesem enorm giftigen, noch dazu bombenträchtigen Plutonium, wo doch die zu Beginn des MOX-Abenteuers noch für eine nahe Zukunft erhoffte Nutzung des Plutoniums in Brütern inzwischen in weite Ferne gerückt ist? (...)

1972 hieß es noch im 4. Atomprogramm: ‚Der technische Fertigungsaufwand und die geringen Durchsätze (= Durchschickmengen zur Verarbeitung - KD) bedingen zur Zeit noch doppelt so hohe Fabrikationskosten wie bei Uranbrennstoffen'. Bald danach hatten ‚doppelt so hohe Fabrikationskosten' nichts mehr mit ‚geringen Durchsätzen' zu tun, sondern galten als erstrebenswertes Endziel in **MOX-Fabriken großer** Kapazität." (7e)

Traube äußert in seinem Buch „Plutoniumwirtschaft? — Das Finanzdebakel von Brutreaktor und Wiederaufarbeitung" (1984) an keiner Stelle den Verdacht, daß die hohen Subventionen eventuell anders zu begründen sein könnten als durch Vertuschungsmanöver nach vorheriger erheblicher Überschätzung. Er hinterfragt nicht, welches Motiv denn eigentlich dahintergesteckt haben könnte, sich auf ein kostenmäßig derart abschreckendes „Abenteuer" wie die MOX-Produktion einzulassen, erwähnt nur als unerwünschte Begleiterscheinung die Bombenträchtigkeit des hochgiftigen Plutoniums. Die Gefährlichkeit von Plutonium, das im Reaktor (bis zu 300 kg jährlich) entsteht, wird schon daran deutlich, daß bereits ein Millionstel Gramm genügt, um in der Lunge Lungenkrebs zu erzeugen. (Noch nach 244000 Jahren ist ein Promille des heutigen Plutoniums vorhanden.) (7f)

Sollte die „Begleiterscheinung" (Bombenträchtigkeit) nicht even-



tuell ein geradezu erwünschter Effekt sein? Wenn zwischendurch (zu Zeiten der sozialliberalen Koalition) die Ministerialbürokratie (wie Traube behauptet) anstelle der Bundesregierung das Projekt ALKEM weitertreiben hat, so spräche das dafür, daß die SPD zu tölpelhaft gewesen wäre, um zu begreifen, was für ein Erbe sie hier von der vorhergehenden Regierung übernommen hat. Soll man ihr dies abnehmen? (Wie dem auch sei: Gefährlich ist die Fortsetzung des Projekts allemal, ob nun aus weltmachtpolitischen Ambitionen oder aus Dummheit. Zur Zeit scheint die hessische Regierung — um Ausgleich mit den Grünen bemüht — die Verantwortung für dieses Projekt gern von sich, und der Bundesinnenminister mußte einspringen, um deutlich zu machen, daß ALKEM weiterarbeiten muß.)

Ein Problem, das zunächst nur ein vorsichtiges Herangehen der privaten Energiewirtschaft an die Atomtechnik bewirkt hatte, war die Frage der Sicherheit. Radkau dazu:

„Besondere Beachtung verdienen die Mechanismen, die sich in dem Dreieck Staat-Wirtschaft-Großforschung bei dem Umgang mit den Risiken der Kerntechnik entwickelten. Die Versicherungswirtschaft hatte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie nicht daran dachte, das Risiko voll oder auch nur annähernd zu übernehmen. Der Bund hatte daraufhin (§ 36 des Atomgesetzes) die Haftung für versicherungsmäßig nicht gedeckte Schäden bis zu 500 Millionen DM pro Katastrophenfall übernommen; das entsprach einer ähnlichen, allerdings bis zu 500 Millionen Dollar hinausreichenden Regelung in den USA. Die privaten Versicherungsleistungen waren auf einen kleinen Bruchteil dieses Betrages limitiert (= beschränkt - KD). **Der Staat sorgte also von vornherein dafür, daß das Risiko einer großen Katastrophe aus dem privatwirtschaftlichen Kalkül ausgeklammert blieb.** So war etwa der groteske Vorgang möglich, daß in der Reaktorsicherheitskommission die Möglichkeit eines ‚Rod-Ejektion'-Unfalls (Unfall durch Ausstoßen der Steuerstäbe) erwähnt werden konnte, der eine tödliche Dosis für die Bevölkerung im Umkreis von 40 km zur Folge habe, ohne daß intensive Diskussionen und Beschlüsse der Beteiligten über absolut wirksame Vorkehrungen erfolgt wären! (...) Man gewinnt den Eindruck, daß die ‚Experten' gar nicht fähig waren, über das Risiko einer ungeheuren Katastrophe angemessen zu diskutieren." (8)

Die ersten Kernkraftwerke wurden in der BRD bereits in den 60er Jahren in Betrieb genommen:

- der von der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) zusammen mit der General Electric Company Limited (GE) hergestellte und seit 1961 von der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) zusammen mit der Bayernwerk AG Bayerische Landeselektrizitätsversorgung (gegründet 1921) seit 1961 in Betrieb genommene Siedewasserreaktor bei Kahl am Main in Bayern (16 Megawatt),
- der von einem Konsortium (= vorübergehende Vereinigung zur gemeinsamen Durchführung eines Projekts bei Verteilung des Risikos) aus der Brown, Boveri & Companie AG (BBC) und Krupp hergestellte und von einer aus kommunalen Energieversorgungsunternehmen bestehenden Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVG) seit August 1966 betriebene Hochtemperaturreaktor Jülich in Nordrhein-Westfalen (15 MW),
- der ebenfalls von AEG und GE errichtete und von RWE und Bayernwerk im August 1966 in Betrieb genommene Siedewasserreaktor Gundremmingen an der Donau in Bayern (250MW, Kernreaktorblock I),
- der von Siemens (Kraftwerks-Union, KWU) errichtete und 1967 von der Gesellschaft für Kernforschung mbH Karlsruhe (GfK) und der Kernreaktor Bau und Betriebsgesellschaft Karlsruhe (50 Prozent Industrie, 30 Prozent Bund, 20 Prozent Land Baden-Württemberg) in Betrieb genommene Mehrzweckforschungsreaktor Karlsruhe, ein Natururan-Schwerwasserreaktor (58 MW Leistung),
- der von Siemens (KWU) gebaute und von einer Kernkraftwerk Obrigheim*am Neckar in Baden-Württemberg (345 MW),
- der von der AEG errichtete und von der Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEW) im Juli 1968 in Betrieb genommene Siedewasserreaktor bei Lingen an der Ems in Niedersachsen (252 MW).

Bis zum Februar 1975, als erstmals seitens der Bevölkerung massiver Widerstand gegen die Errichtung eines Atomkraftwerks geübt wurde, wurden noch folgende weitere Atomkraftwerke in Gang gesetzt:

- der von der AEG errichtete und im Oktober 1971 von der Preußischen Elektrizitäts AG (Preußenelektra) in Betrieb genommene Siedewasserreaktor Würgassen an der Weser in Nordrhein-Westfalen (670 MW),
- der von Siemens (KWU) errichtete und von der Nordwestdeutschen Kraftwerks AG (NWK) zusammen mit der Hamburger Electricitätswerke AG (HEW) im Januar 1972 in Betrieb genommene Druckwasserreaktor Stade an der Elbe in Niedersachsen (662 MW),
- der von Siemens (KWU) errichtete und von RWE im Juli 1974 in Betrieb genommene Druckwasserreaktor Biblis A bei Biblis am Rhein in Hessen (1204 MW).

In Betrieb gingen auch noch im Mai 1976 der Druckwasserreaktor Neckarwestheim am Neckar in Baden-Württemberg, gebaut von Siemens (KWU) und betrieben von den Neckarwerken TWS zusammen mit der Deutschen Bundesbahn (813 MW) und im Juni 1976 der Siedewasserreaktor Brunsbüttel an der Elbe in Schleswig-Holstein, gebaut von der AEG und betrieben von HEW und NWK (806 MW) (11).

Während die in den 60er Jahren in Betrieb gegangenen Reaktoren in der Hauptsache Forschungs- bzw. Versuchsreaktoren waren, deren Betrieb mehr kostete als einbrachte, war es die Veba-Tochtergesellschaft Preußenelektra, „die 1967/68 die ersten beiden kommerziell betriebenen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik bestellte, Würgassen und Stade. Während in Würgassen technische Pannen auftraten, die längere Stillstandszeiten zur Folge hatten, ohne daß es zu einem menschengefährdenden Unfall gekommen wäre, hat sich Stade seiner Inbetriebnahme als eine der leistungsfähigsten und am besten funktionierenden Kernkraftwerke in der ganzen Welt erwiesen." (12)

Hinweise

1. George W.F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart, rororo Sachbuch 7450 (1981), S. 528
2. ebenda, S. 534
3. Holger Strohm, Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke, Verlag 2001 (1981), S. 147
4. Hallgarten/Radkau, a.a.O., S. 529
5. Strohm, a.a.O., S. 139 f
6. dtv-Lexikon, Band 9, Stichwort „Isotope"
7. Hallgarten/Radkau, a.a.O., S. 529

7a. Jörg Hallerbach, Die eigentliche Kernstaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft, Sammlung Luchterhand 256 (1978), S. 172

7b. Winnacker, a.a.O., S. 95 (s. Anm. 11)

7c. Klaus Traube, Plutoniumwirtschaft? Das Finanzdebakel von Brutreaktor und Wiederaufarbeitung, rororo 5444 (1984), S. 60 f)

7d. ebanda, S. 63

7e. ebenda, S. 64

7f. Hermann Kater, Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht, Sponholtz Verlag (5. Aufl. 1979), S. 208

8. ebenda, S. 531
9. abgedr. in: Umweltrecht 3. Aufl., Beck-Texte, dtv 5533 (Stand: 1. April 1985), S. 285 ff
10. abgedr. in: Energiegesetze, Goldmann 8053 (Stand: Februar 1980), S. 249 ff
11. Daten zusammengestellt nach: Strohm, a.a.O., S. 133 ff und: Karl Winnacker, Schicksalsfrage Kernenergie. Stationen der deutschen Atompolitik, Goldmann 11628 (1980)
12. Heiner Radzio, Unternehmen Energie. Aus der Geschichte der Veba, Econ Verlag (1979), S. 145

*GmbH seit 1968 betriebene Druckwasserreaktor Obrigheim

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Krise

Liebe Genossinnen und Genossen, im folgenden einige Anmerkungen zu dem Abschnitt im PE, der sich mit der Krise befaßt („Die Umstrukturierungsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft, die Wanderungen des Kapitals zwischen den Branchen auf der Jagd nach dem maximalen Profit). Gleichzeitig meine ich aber auch, daß neben Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abschnitt die Diskussion über diese Fragen insgesamt angeregt werden sollte, damit Schlußfolgerungen für unsere konkrete Politik jetzt, aber auch für die Perspektiven, für den in unserem Land wahrscheinlichen Weg zum Sozialismus gezogen werden können:
chen Weg zum Sozialismus gezogen werden können:

Ich halte den obengenannten Abschnitt, der sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Krise befaßt zumindest für unvollständig, in jedem Fall aber nicht für vorausdenkend.

Beschrieben wird in diesem Abschnitt die Krise der traditionellen Kernindustrien und ihre Auswirkungen. **Nicht beschrieben aber wird die schon derzeit vor sich gehende Umstrukturierung der Industrie und der Einzelbetriebe und die entsprechenden Auswirkungen auf Struktur und Bewußtsein der Arbeiterklasse.**

Automatisierung, Betriebsdatenerfassung, EDVmäßige Lagerhaltung, Abwicklung der kaufmännischen Arbeiten über EDV, CAD und CAM usw. sind längst nicht mehr Entwicklungen, die sich auf die kaptialkräftigen Großbetriebe beschränken. Auch in Klein- und Mittelbetrieben nehmen sie Einzug und werden in den nächsten Jahren große Änderungen hervorrufen. Der Einzug der neuen Technologien wird schneller vor sich gehen als die Entwicklung von der Dampfmaschine hin zur Bandarbeit und wird innerhalb weniger Jahre grundlegend Umwälzungen verursachen. Verstärkte Arbeitslosigkeit wird die Folge sein, und dies ist ja auch im Programmentwurf angesprochen.

Ich halte es aber für sehr kurzsichtig, wenn gerade eine kommunistische Partei nicht jetzt schon die voraussehbaren Auswirkungen auf das Klassenbewußtsein und die Struktur der Arbeiterklasse, auf ihre Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen analysiert.

Ich meine: Absehbar ist jetzt schon:

1. Die Struktur der Arbeiterklasse und der Schicht der kleinen Angestellten ändert sich und wird sich grundlegend ändern: **Eine Masse von traditionellen Berufen für untere Angestellte wird wegfallen.** (Arbeitsvorbereiter, Terminjäger, technischer Zeichner, Betriebsschreiber, Meister und Vorarbeiter mit arbeitsvorbereitenden Funktionen, Zeitnehmer, um nur einige Beispiele aus dem technischen Bereich zu nennen) z. T. vollständig, z. T. wird sich die Zahl dieser Angestellten massiv reduzieren.

2. Die dann möglichen sprunghaften Produktivitätssteigerungen und die Rationalisierungsmöglichkeiten im Angestelltenbereich können nur z. T. aufgefangen werden durch Arbeitszeitverkürzung werden zu einer größeren Sockelarbeitslosigkeit führen. Somit wird die **Proletarisierung** zwischen Arbeitenden — vor allem hochqualifizierten Beschäftigten und sich verfestigenden — aber entsolidarisierten — Randgruppen verstärken. Die Gewerkschaften werden **Gefahr laufen, Facharbeitergewerkschaften** zu werden, die die Rechte derjenigen verteidigen, die noch Arbeit haben. Für diese wird es allerdings möglich sein, relativ gute Arbeitsbedingungen zu erstreiten, ein relativ hohes Lohnniveau usw. (s. z. B. die Automobilfirmen). Neben der Entsolidarisierung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen wird dies aber auch zu einer Entsolidarisierung im einzelnen Betrieb führen, und zu einer Änderung des Bewußtseins und einer Schwächung der bisherigen traditionellen Vertretungsorgane (in den Betrieben z.B., in denen Zukunftstechnologie produziert wird, ist z.B. jetzt schon der gewerkschaftliche Organisationsgrad meistens fast null, Betriebsräte existieren in vielen Fällen gar nicht).

3. Ein bestimmter Anteil von Facharbeitern wird sich spezialisieren, sich weiterbilden und kaum noch traditionelle Handarbeit machen (vom Walzwerker zum Walzstraßenführer, vom Dreher zum NC-Fachmann usw.) Es wird also eine **Angleichung zwischen diesen Arbeitern und Angestellten** stattfinden, die sich z.B. jetzt schon ausdrückt in Bestrebungen, gemeinsame Rahmentarifverträge für Arbeiter und Angestellte zu machen.

Gleichzeitig wird sich die Kluft zwischen diesen hochqualifizierten Arbeitern bzw. Angestellten und den reinen „Handlangern" (im Arbeiter- und Angestelltenbereich) noch verstärken und der Sprung, der bisher möglich war z. B. vom Facharbeiter zum Vorarbeiter zum Betriebsmeister wird bei solchen Sturkturen kaum noch möglich sein. **Einer bestimmten Art von Aufstiegshoffnungen** und den damit verbundenen Spaltungsmöglichkeiten **wird damit die Basis entzogen**, gleichzeitig entsteht eine neue tiefgreifende Spaltung zwischen den auswechselbaren Ungelernten und den Hochqualifizierten mit sicheren Arbeitsplätzen. (Diese Tendenz wird durch solche gesetzlichen Veränderungen wie das Beschäftigungsförderungsgesetz — Zeitarbeitsverträge, Erleichterung der Leiharbeit — noch verstärkt)

4. Dem Facharbeiter, aber auch gerade dem Sachbearbeiter im Angestelltenbereich wird eine wesentliche Grundlage seines bisherigen Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins auf längere Sicht hin entzogen: **Seine Erfahrung und Spezialwissen** aufgrund von Erfahrung **werden durch die EDV dem Unternehmer „übereignet"**: Indem der Dreher Korrekturprogramme für die NC-Maschine erstellt, der technische Zeichner all sein ihm zur Verfügung stehendes Wissen dem CAD- und CAM-Gerät „abgibt", werden diese Fähigkeiten, die bisher an diese Personen gebunden waren, auf Dauer allen zugänglich.

Gleichzeitig gibt es Momente, die die **Entwicklung eines neuen Selbstbewußtseins** schon im Interesse des Profits fördern: Die neuen Technologien machen es für die Unternehmer notwendig, einen neuen Typ von Lohnarbeiter heranzuziehen, der nicht mehr nur blind dem Akkordlohn oder der Leistungsprämie nachjagt, und dem eine rigide Hierarchie die Ausführung einzelner Befehle diktiert. Benötigt wird im Gegenteil ein Lohnarbeiter, der Verantwortungsbewußtsein zeigt, seine geistigen Fähigkeiten voll einbringt, Teamgeist einwickelt usw. Diese Entwicklung zeigt sich in der Diskussion und den Versuchen der Unternehmer zur „Japanisierung", zu Abschaffung von Akkord- und Bandarbeit usw. und sie hat schon eine Reihe von Soziologen zu der Schlußfolgerung verleitet, damit sei die Entfremdung der Lohnarbeit aufgehoben. Tatsächlich führen diese Entwicklungen nur zu einer umfassenderen Ausbeutung aller Fähigkeiten des arbeitenden Menschen, während er/sie bisher die Möglichkeit hatten, bestimmtes Wissen, bestimmte Erfahrung dem Unternehmer vorzuenthalten und zum Schutz der eigenen Arbeitskraft zu verwenden (z.B. im Akkord).

Und es besteht die Gefahr, und das wäre im Programmentwurf zu analysieren, daß diese Entwicklung zu **neuen Illusionen** führt und führen kann, zum Wegfallen der Gründe, die bisher wesentliche Motivationen für Kämpfe und für Überlegungen zu einer grundsätzlichen Änderung des Systems darstellten: Die Schikanen, die Hierarchie, die Entfremdung.

Ich meine, wir müssen diese Entwicklungen unbedingt analysieren und auf dieser Grundlage Schlußfolgerungen ziehen über die Entwicklung des Klassenbewußtseins, über neue Formen der Organisierung und des Kampfes, die sich sicherlich gründlich von den bisherigen unterscheiden werden. Um nur einige Schlußfolgerungen anzureißen:

1. Es wird eine **Änderung der Taktik in der Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik** notwendig sein, die Herausbildung neuer Kampfformen, die Analyse von neu entstehenden Konfliktpunkten, die Einbeziehung von Schichten der Werktätigen in den Kampf, die ein anderes Bewußtsein haben, als es in der traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besteht. (Die Erfolge der Grünen sind meiner Ansicht nach zu einem — wenn auch noch geringeren Teil — auf solche Umschichtungen bei den Werktätigen zurückzuführen: Ein Angestellter bei Siemens wählt vielleicht die Grünen, hat aber wahrscheinlich noch nie an einem Streik teilgenommen, ein Kollege, der sich für alternative Produktionsmöglichkeiten oder gegen Verdatung der Belegschaft wendet, hat evtl. mit der Gewerkschaftsbewegung in ihrer bisherigen Form wenig oder nichts zu tun)

2. Auf der politischen Ebene werden Höherqualifizierung, höheres Lebensniveau eines wichtigen Teils der Werktätigen **offen diktatorische Herrschaftsformen** sowohl auf der betrieblichen als auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene **unwahrscheinlicher machen.** (S. z.B. Schweden)

3. Müssen von uns politische Entscheidungen getroffen werden, wie wir uns zu den immer stärker ausgegrenzten Gruppen der **Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger**, vor allem auch der jugendlichen Arbeitslosen stellen. Wegen der starken Entsolidarisierung und Vereinzelung wird deren schlechte Lage nicht automatisch zu organisiertem politischen Protest, wie in der Weimarer Republik führen, eher zu Revolten wie in England.

4. Und wir sollten auch in Betracht ziehen, daß es durchaus möglich ist, daß der **Kapitalismus sich aufgrund dieser Fortentwicklung der Produktionsmittel nochmals für eine Zeitlang erholen kann.** Ich meine, daß man diese ganz nüchtern analysieren muß und sich nicht nur mit den Krisenerscheinungen des Kapitalismus befassen darf, weil man sonst einfach zu falschen Erwartungen kommt (und in der Vergangenheit oft genug gekommen ist) und falsche Schlußfolgerungen für unsere Strategie zieht. Ich meine dies gar nicht zynisch oder hoffnungslos. Ich meine nur, daß es verhängnisvoll ist und war, wenn ein kommunistisches Programm nicht analysiert, wo in der Entwicklung der Produktivkräfte sich die Punkte ergeben, an denen dieses System tatsächlich sterben wird. Auf die angeschnittenen Fragen bezogen, meine ich: Wenn diese Entwicklungen vorerst eher zur Stabilisierung dieses Systems beitragen können, liegt gleichzeitig in ihnen eine noch größere Chance zur Änderung dieses Systems: **Liegt nicht für den Walzstraßenführer, der durch seinen Betriebsrat und Aufsichtsrat vertreten ist, der Gedanke und die tatsächliche Möglichkeit und damit auch die Forderung und der Wille, den gesamten Betrieb gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen zu leiten nicht näher als für den sowjetischen Arbeiter, der nicht lesen und schreiben konnte und unter der zaristischen Diktatur entmündigt war?**

Schöne Grüße
Anna (Zelle Metall/Bau Dortmund)

Vererbbar?

Anmerkungen zum Artikel über die neue Volksfrontbroschüre im RM Nr. 40 vom 4.10.85

Zunächst zu den „Beweisen" im Artikel, daß Intelligenz und Begabung nicht vererbbar seien. Es wird angeführt, daß die Informationsmenge in den Genen wesentlich kleiner (10^6) ist als die zur kompletten Verschaltung der Nervenzellen notwendige Informationsmenge (10^{20}). Diese Differenz hat aber eine einfache Erklärung: Es hat sich im Laufe der Evolution als sehr nützlich erwiesen, wenn Lebewesen nicht nur über angeborene Programme verfügen, sondern lernen können, d.h. sich schneller auf eine veränderliche Umwelt einstellen. Eine komplett vorgeschriebene Ausbildung des Gehirns wäre nachteilhaft und ein Teil der Verschaltung der Nervenzellen findet erst im Laufe des Lebens statt (Prägung, Lernen). Auch Schnecken können lernen, aber sie können aufgrund ihrer Erbanlagen auch bei optimaler Umwelt nie die Intelligenzleistungen höherer Lebewesen erreichen. Daß wir noch nicht wissen, welche Gengruppen Intelligenz und Begabung codieren, beweist nicht, daß diese Eigenschaften nicht genetisch mitbestimmt sind, genausowenig wie dies dieTatsache tut, daß gerade im Kindesalter die Umwelt eine wichtigen Einfluß auf die Intelligenzentwicklung hat (siehe Kaspar Hauser). Von den „Beweisen" im RM-Artikel bleibt nicht mehr viel übrig, außer daß man den Pappkameraden „Intelligenz und Begabung sind alleine genetisch bestimmt" umgehauen hat.

Welche Tatsachen bestätigen nun die Erblichkeit der Intelligenz (1):

1. eineiige Zwillinge sind einander ähnlicher als zweieiige.
2. Verwandte stehen sich in Testleistungen um so näher, je enger sie verwandt sind.
3. Adoptivkinder ähneln den Pflegeeltern weniger als deren leibliche Kinder.
4. In Waisenhäusern erzogene Kinder ähneln in der Intelligenz den natürlichen Vätern, mit denen sie nie Kontakt hatten.
5. Eineiige Zwillinge, die nach der Geburt getrennt wurden, weisen verblüffende Ähnlichkeiten in der Intelligenz und vielen anderen psychischen Merkmalen auf, obwohl sie in völlig unterschiedlichen Umgebungen aufwuchsen (2)
6. Ein Schimpanse wird trotz optimaler Umwelteinflüsse nie die Intelligenzleistungen des Menschen erreichen, weil sein Gehirn aufgrund der genetisch festgelegten Struktur dazu nicht in der Lage ist.
7. Wenn Intelligenz nur umweltbedingt ist, warum sind dann die Vorfahren des Menschen (Australopithecus, Homo erectus ...) mit teilweise kleinerem Hirnvolumen ausgestorben?

Der Ansicht, alle körperlichen Eigenschaften, nur nicht geistige Fähigkeiten seien vererbbar, liegt eine idealistische Auffassung der Trennung des Geistes von der Materie zugrunde. Die Erbanlagen determinieren ein Individuum natürlich nie restlos, sondern nur innerhalb eines gewissen Bereichs, zu in dem Umweltfaktoren den IQ verändern können.

Übrigens bin ich kein Anhänger von Frau Wilms oder Befürworter des Heranzüchtens einer Elite, die im Kapitalismus fragwürdigen Zielen dient. Eine VF-Broschüre aber, die auf derart falschen Voraussetzungen aufbaut, würde ich nicht weiterempfehlen.

Ein RM-Leser aus dem Allgäu

(1) Gerhard Vollmer, Evolutionäre Erkenntnistheorie, S. Hirzel Verlag, Stuttgart (1981)
(2) Hoimar v. Ditfurth, Die Marionetten der Gene?, GEO Nr. 5 (1983)

Störung

Liebe Genossen,
es stört mich etwas am neuesten „Roten Morgen" (Nr. 42), obwohl ich ihn ansonsten für sehr gut befinde (besonders den gelungenen Artikel von H. D. Koch, der endlich mit der alten Sektiererver-gangenheit abrechnet).

Es ist die Aufmacher-Zeile „Weg mit der Wenderegierung des Kapitals", die mir etwas übel aufstößt. Konsequent zuende gedacht kann das doch nur heißen: „Eine SPD-Regierung muß her!" Wer sollte denn, realistisch betrachtet, außer der CDU sonst noch regieren können? Nur sollte man das, wenn man es so meint, auch so schreiben.

Aber eigentlich kann man das so gar nicht meinen, wenn man direkt daneben lesen kann, was (am Beispiel Bremen) eine Sozi-Regierung wert ist. Was soll denn da besser sein als bei einer CDU-Regierung? Oder zeigt das heuchlerische, pseudolinke Gehabe der oppositionellen (besser: der zur Zeit in parlamentarischer Opposition befindlichen) SPD mittlerweile selbst bei der KPD-Führung Wirkung?

Ziemlich genau vor einem Jahr habt ihr mal eine sehr gute Artikelserie gebracht über das Bonner Kasperltheater, wo prima deutlich wurde, welch gute Schauspieler unsere Volksvertreter doch sind. Stimmt das jetzt etwa nicht mehr? Ist die SPD etwa nicht dazu da, bei den unzufriedenen Massen Sympathien zu erheischen, um als Regierungspartei wieder einzuseifen? Sind die beiden großen Parteien etwa nicht dazu da, sich immer gegenseitig mit dem Regieren abzuwechseln, um nur das Wesentliche (das Schweinesystem nämlich) aus der Schußlinie zu halten?

Das einzige, was eine SPD-Regierung bringen würde, wäre doch nur eine relative Entkrampfung der gegenwärtigen Situation im Lande. Kann das in unserem Interesse sein? Sind wir an einer VER- oder an einer ENT-Schärfung der politischen (/Klassen-) Gegensätze interessiert? Eine Zuspitzung der gesamten gesellschaftlichen Situation ist doch der beste Nährboden für revolutionäre Gedanken bzw. ihrer Verbreitung bei der BILD-lesenden Masse. Eine SPD-Regierung würde alles wieder verwischen und zukleistern ... Soviel dazu.

Desweiteren mißfiel mir der Artikel „Konten der MLPD gekündigt" mit dem Schlußsatz „Diese Maßnahmen der Deutschen Bank und der BAG dürfen auf gar keinen Fall hingenommen werden." Würde ein solcher Artikel auch erscheinen, wenn Ähnliches etwa den Zeugen Jehovas geschähe? Irgendwo hört doch die Solidarität auf! Der KB hat in der Beilage ja sehr richtig festgestellt, daß sich diese „Partei" (Kirche wäre besser) in einer surrealistischen Traumwelt befindet. Aber wenn es nur das wäre: Diese ML-Oberhirten verkaufen ihre hirnamputierten Jüngern ja schon seit geraumer Zeit die dreckigsten Lügen und Verleumdungen gegen die KPD und ihre Politik in ihrem Sektenorgan Rote Pflaume. Was müssen wir dann diese Betriebsreife Meute mit so einem Artikel auch noch politisch aufwerten?

Abgesehen von solchen Patzern (die leider immer wieder vorkommen) bin ich jedoch mit dem RM voll und ganz zufrieden; er ist und bleibt mein Leib- und Magenblatt! Macht weiter so!

Rot Front!
L., Westberlin

Günter Ali Levent Sigirlioglu Wallraff

Sieben Tage nach Erscheinen des neuen Wallraff-Buches sind bereits 520000 Exemplare verkauft oder fest bestellt worden. Der neue „Renner" auf dem Buchmarkt ist das letzte Produkt dessen, was man im Ausland schon mit dem Tätigkeitswort „wallraffen" bezeichnet: der Enthüllungsreportagen des Kölner Autors Günter Wallraff.

Schon seit fast zwanzig Jahren ist Wallraff für seine engagierten Sozialreportagen bekannt. Seine frühen Bundeswehr- und Industriereportagen machten den Anfang, Aufsehen erregten seine Berichte über das „Innenleben" des Gerling-Konzerns und jedermann kennt ihn, als den Mann, der bei BILD Hans Esser war. Jetzt war Günter Wallraff zwei Jahre lang Ali Levent, war, wie der Buchtitel es sagt *„Ganz unten"*, dort, *„wo es vom Arbeitsmarkt zum Sklavenmarkt nur ein Schritt ist"*. Als Ausländer war Wallraff unter anderem Hilfskraft bei McDonalds, tauchte als bekehrungs- und integrationswilliger Moslem bei christlichen Pfarrern auf, diente als Versuchskaninchen bei Medikamentenversuchen, arbeitete als Illegaler auf einer Großbaustelle und war lange Zeit Arbeiter in einer Kolonne von Leiharbeitern bei Thyssen in Duisburg.

Der ungewöhnliche Erfolg dieses Buches, der sich schon wenige Tage nach Erscheinen absehen läßt, ist nicht nur dem Sensationellen der Reportagen zu verdanken. Ganz sicher spielt hier auch eine erkennbar große Sensibilität vieler Menschen für das Thema mit. Das Verdienst Günter Wallraffs ist es, mit seinen Darstellungen des Alltags von ausländischen Arbeitern in die Offensive zu kommen, indem er die Zuständigen, Verantwortlichen, die Ausbeuter und Profiteure beim Namen nennt.

Die Reaktionen beweisen dies. Seit Erscheinen des Buches erhält Wallraff täglich hunderte Briefe, von deutschen und türkischen Lesern seines Buches. Viele berichten von ähnlichen Erfahrungen und Wallraff sagte, es seien *„weit schlimmere Fälle"* darunter, als er sie als Ali Levent erlebt habe. Mehrere Übersetzer arbeiten an der Übersetzung der türkischen Leserpost, hier ein Beispiel: ein türkischer Arbeiter aus Eßlingen: *„Ich danke dir von ganzem Herzen, Wallraff-Levent, wie du es endlich geschafft hast, was Jahrzehnte lahmliegt, in Bewegung zu bringen, nämlich daß keine Zeit zu verlieren ist, daß gegen diese Entwicklung vieles, vieles unternommen werden muß. Als ich heute dein Interview mit der türkischen Zeitung Hürriyet las, wäre ich fast vor Glück ohnmächtig geworden."* Weiter heißt es in dem Brief *„Die Stunde der Wahrheit ist da. Aber erst jetzt wurde sie entdeckt."* Nun wachten die vielen, keineswegs ausländerfeindlichen deutschen Bürger auf, *„die jahrelang geschwiegen haben"*. Diese Einschätzung der Wirkung des Buches „Ganz unten" durch einen türkischen Arbeiter scheint die große Wirkung zu erklären, die überfüllten Säle bei Lesungen von Günter Wallraff belegen das auch.

Kernstück des Buches sind die Berichte über die Leiharbeit bei der Firma Thyssen in Duisburg, die der Konzern über die Firmen Remmert und Vogel (im Buch „Adler") abwickelt. Die Enthüllung dieser schmutzigen Geschäfte des Stahlkonzerns mit den Verleihern oder besser gesagt Sklavenhändlern und der Geschäfte der Sklavenhändler mit den Menschen, die sie „verleihen", haben auch das größte Aufsehen erregt. Thyssen-Manager wiegelten zunächst ab. Man habe korrekte Verträge mit Remmert, wenn irgendwas falsch laufe, so sei das Remmerts Angelegenheit. Remmert und Vogel beeilten sich, empört kundzutun, sie würden gegen Wallraff gerichtlich vorgehen — schon am Tag nach dem Erscheinen wollten sie bei der Staatsanwaltschaft sein. Aber, bis zum Ende der vergangenen Woche hat noch keine der im Buch beschriebenen Personen oder Firmen Verfahren gegen das Buch oder Wallraff eingeleitet.

Wallraff: *„Sie drohen damit, ich warte gelassen auf die angekündigten Prozesse"*. Thyssen ist sogar schon von seinem hohen Roß runter. Nach den ersten Erklärungen, man habe damit nichts zu tun, wurden die Thyssen-Bosse sogar im Kapitalistenblättchen „Handelsblatt" kritisiert, so eine Haltung würde nur Systemveränderern in die Hände spielen, dermaßen unter Beschuß stehend, solle Thyssen doch auch die Bereitwilligkeit zeigen, etwas zu ändern.

Die Thyssen-Manager haben das wohl gelesen, denn plötzlich kündigte der Stahlkonzern an, man werde *„nichts unter den Teppich kehren"* und aus den von *„Ali Wallraff"* geschilderten Umständen des Leiharbeitereinsatzes bei Thyssen Konsequenzen ziehen. Was sich zum Teil gar nicht verhindern läßt, denn Wallraffs Enthüllungen beweisen, daß bei Thyssen viele Leiharbeiter mittlerweile ein Recht auf Festeinstellung haben, weil der Konzern — und das gilt für viele Großunternehmen — systematisch gegen die Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes verstoßen hat. Vielleicht kommt die IG Metall jetzt auch ein bißchen in die Gänge. Der Duisburger IGM-Bevollmächtigte und SPD-Bürgermeister (somit ein Parteifreund des „SPD-Genossen" Vogel!) bekam laut dpa nach der Lektüre des Buches *„Magenschmerzen"*. *„Wenn nur die Hälfte von allem wahr wäre, dann wäre das eine große Sauerei, unvorstellbar!"* Aber direkt „nebenan" bei Mannesmann war das Thema monatelang groß im Gespräch. Hier wurde für die Übernahme von Leiharbeitern gekämpft — teilweise auch gegen den Widerstand von IGM-Funktionären, die z.B. der „Gruppe konsequenter Gewerkschafter" in diesem Falle *„Interessenvertretung von Wanderarbeitern"* vorgeworfen hatten. Nun, bei soviel „Betroffenheit" des Bevollmächtigten bleibt die Entwicklung bei Thyssen abzuwarten.

520000 Bücher, das ist natürlich auch eine Menge Geld. Günter Wallraff wird dabei persönlich nicht zum Millionär werden. Mit der Herausgabe des Buches gab er auch bekannt, was er mit den Gewinnen aus dem Verkauf machen will. Eine Million Mark geht in ein Projekt „Arbeiter-Sozialhaus" in Duisburg. Ein größeres Haus in Duisburg soll gekauft werden, in dem deutsche und türkische Arbeiter wohnen können. Günter Wallraff selbst will auch eine Zeit dort hinziehen. Vor allem aber will Wallraff die Gewinne dem neugeschaffenen Fonds „Ausländersolidarität" zur Verfügung stellen. Aus diesen Mitteln sollen kostenlose Beratung für Ausländer, Rechtshilfe und eine Aufklärungskampagne finanziert werden. Ein guter Beitrag zu Aufklärungskampagnen in Sachen Ausländer in der Bundesrepublik ist das Buch selbst. 520000 Exemplare sind noch zu wenig. Man sollte es lesen und mithelfen, es zu verbreiten.



Günter Wallraff „Ganz unten", Verlag Kiepenheuer & Witsch, 254 Seiten mit vielen Bildern, 19,80 DM. (Auch im Versand vom RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30)







Was revolutionär-sozialistische Politik heutzutage alles braucht:

- engagierte Genossinnen und Genossen
- ein revolutionäres (und zutreffendes) Programm
- eine weitblickende Strategie
- eine ausgebuffte Taktik
- eine solide Betriebsverankerung
- eine starke Organisation
- politische Einheit
- etwas mehr kämpferische Solidarität
- keine Fraktionisten

und (unglücklicherweise) auch:
viel echtes Geld!

Spendet auf die Konten der KPD:
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:
Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 262438, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474